

G 7448 E

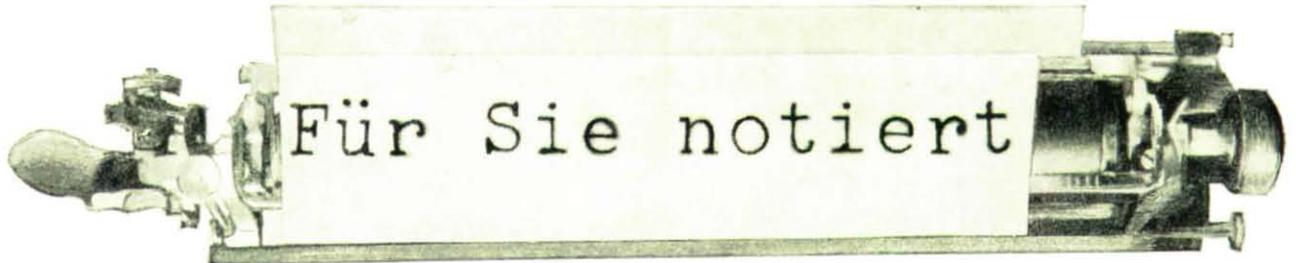
Beilage: Vorschriften für den Zivilschutz

# Ziviler Bevölkerungsschutz

# ZfB

Nr. 9 · September 1968 · 13. Jahrgang · Preis des Einzelheftes DM 1.50





## Neues Wiederbelebungsgerät

Brustmassage und Mund-zu-Mund-Wiederbelebungen werden durch einen in den USA entwickelten Außenherzkompressor mit synchronisiertem Ventilator simuliert. Der Ventilator ist druckbegrenzt und garantiert sowohl große Durchflussmengen als auch Vollbelüftung. Diese leichtgebaute und leicht zu handhabende Einheit kann an die normale Krankenhausleitung oder an eine Sauerstoffflasche und von einer Sauerstoffquelle an die andere angeschlossen werden, ohne auch nur einen Kompressions- oder Lüftungszyklus zu verlieren. Das Gerät ist explosionsicher und wurde klinisch getestet. wfj

## Raketen vor 400 Jahren

Schon im 16. Jahrhundert hat man sich mit Mehrstufenraketen befaßt. Die Handschrift eines Conrad Haas aus dem Jahre 1529, die in Rumänien aufbewahrt wird, beschreibt in Wort und Zeichnungen einen solchen durch Pulver angetriebenen Flugkörper. Zwei und drei Zündfolgen wurden durch den Zusammenbau der entsprechenden Zahl von Raketen erreicht. Die Ähnlichkeit ihres Aussehens mit den heutigen Flüssigkeitsraketen ist groß. wfj

## Ausrüstung gegen Schlangenbisse

Eine in den USA entwickelte Schlangenbiß-Ausrüstung verfügt über einen einzigartigen Pumpen-Giftextraktor, dessen Saugkraft bedarfsweise erhöht werden kann, ohne daß Gift in der Wunde zurückbleibt. Die Lippe des Ansaugstückes polstert gewissermaßen den Rand ab, damit er nicht um die Bißwunde herum in das Fleisch einschneidet. Das bruchfeste Gerät besteht aus durchsichtigem Kunststoff. wfj

## 800 schmerzlose Injektionen stündlich

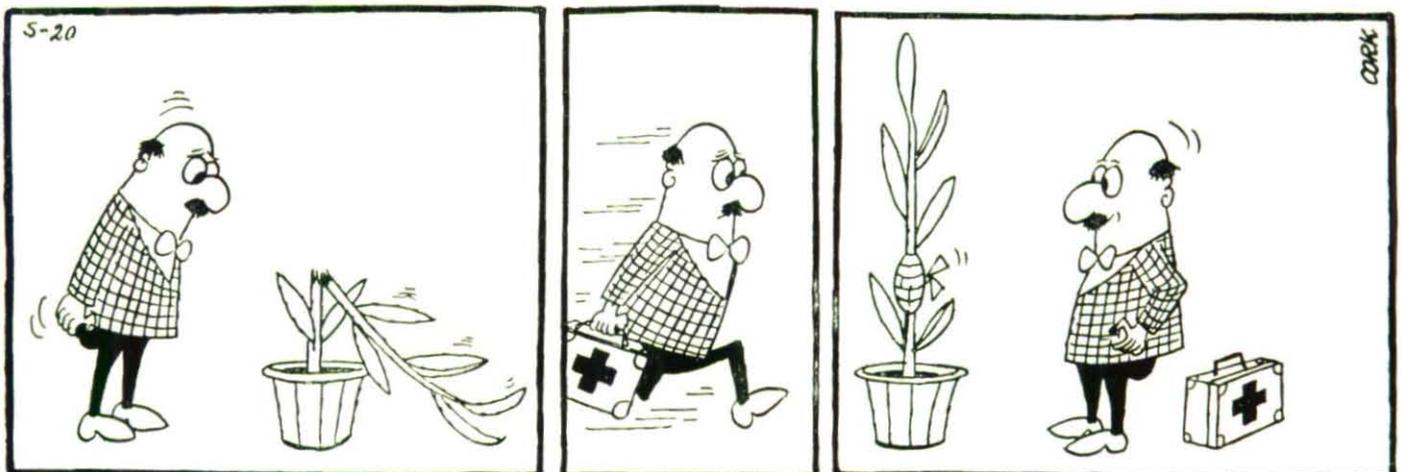
Bis zu 800 schmerzlose Injektionen stündlich können mit einem neuentwickelten, ohne Nadel arbeitenden Strahl-Injektor vorgenommen werden, der ein Übertragen von Infektionen ausschließt. Der Injektor kann unter jedem Winkel einspritzen und gewährleistet ein genaues Einstellen der Dosis in Mengen bis zu 1 ml. Der Strahlendruck kann geändert und die Eindringtiefe geregelt werden. Es ist keine äußere Energie nötig, daher hat das Instrument keinen Druckluft- und keinen Netzanschluß. Viele Serumarten brauchen gegenüber früher nur in halber Menge eingespritzt zu werden. wfj

## Wiederaufladbare Stromquelle

In den USA wurde eine neue wiederaufladbare Stromquelle, die 4,2 kg wiegt, eingeführt. Es handelt sich um eine 12-Volt-Einheit mit eingebautem Lader. Sie kann für den Antrieb der meisten batteriegespeisten Vorrichtungen benutzt werden, wie etwa tragbare Fernsehgeräte, Tonbandgeräte, Radios, tragbare Elektrowerkzeuge sowie Filmkameras und Schreibmaschinen. Diese Einheit kann bis zu 40 Stunden und mehr arbeiten, je nach Verbrauch der entsprechenden Ausrüstung. Das durchschnittliche tragbare Fernsehgerät kann fünf bis acht Stunden gespeist werden. wfj

## Kunststoff mit Metall

Wissenschaftler in den USA entwickelten einen metallhaltigen, äußerst hitzebeständigen Kunststoff. Er enthält - obwohl chemisch an das Kunststoffgerüst gebunden - bis zu 30 Prozent Eisenatome. Der Ferrocenylboran genannte Kunststoff verträgt Temperaturen über 320° C, ohne daß sich Zerstörungen bemerkbar machen. Kurzzeitig läßt sich das Material auf mehr als 800° C erhitzen. Außerdem ist es sowohl gegen Oxydation als auch gegen Säuren und Laugen recht beständig. wfj



# ZB 9'68

Nr. 9 · September 1968 · 13. Jahrgang

## Inhalt:

Seite	<b>11</b>	Für Sie notiert
Seite	<b>2</b>	Um den Frieden in dieser Welt. Von Dean Rusk.
Seite	<b>3</b>	Im Wandel der Zeit. Feuerlöschschläuche jetzt aus Chemiefaser
Seite	<b>10</b>	Selbstschutz in neuer Begründung. Mit dem Katastrophenschutzgesetz wandelte sich die Rechtsgrundlage. Von Dr. Werner Lennartz, Kiel
Seite	<b>14</b>	Strahlenschutz und Polizei. Von Polizeioberkommissar Siegfried Bleck, Bremen
Seite	<b>18</b>	Der vertikale Fluchtweg. Baulicher Zivilschutz in der Schweiz
Seite	<b>20</b>	Gut vorgesorgt. Ein Betrieb hilft sich selbst
Seite	<b>22</b>	Schwacher Zivilschutz gefährdet die Freiheit. Von Herbert Alboth, Bern
Seite	<b>22</b>	Der Evakuierungsplan steht im Telefonbuch
Seite	<b>24</b>	Für das Ja zum Zivilschutz. Die Aufklärungsarbeit des Österreichischen Zivilschutzverbandes. Von Maximilian Kraus
Seite	<b>26</b>	Neue Bücher
Seite	<b>26</b>	Flugplatz in acht Sekunden nebelfrei
Seite	<b>27</b>	Hilf rasch und richtig. Großaktion Unfallhilfe 1968 in Hessen
Seite	<b>31</b>	Landesstellen berichten
Seite	<b>IV</b>	ZB im Bild



Zu unserem Titelbild: Die Gefahren und Schäden, die im modernen Krieg der Bevölkerung drohen, erfordern die Verstärkung der organisierten Abwehrmaßnahmen, die schon für die Unglücksfälle und Katastrophen im Frieden vorgesehen sind. Dabei spielen der Wille und die Fähigkeit der Bevölkerung zur Selbsthilfe eine entscheidende Rolle. Da die Selbsthilfe angesichts des Umfangs der drohenden Gefahren im Krieg und Frieden nicht genügt, bedarf sie der Ergänzung durch organisierte Einheiten mit moderner Ausrüstung. Ziel des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes ist es darum, für den Selbstschutz der Bevölkerung und für seine Ergänzung durch örtliche Hilfsverbände eine neue Grundlage zu schaffen.

Foto: Günter Sers

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz, 5 Köln, Eupener Straße 74, Telefon 49 50 71

ZB erscheint monatlich

Chefredakteur:  
Dr. Bruno F. Schneider

Redaktion:  
Helmut Freutel  
Alfred Kirchner

Layout und Grafik:  
Hannelore Apitz

Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung:  
Münchner Buchgewerbehaus GmbH  
8 München 13, Schellingstraße 39—41  
Telefon 22 13 61

Anzeigenleiter:  
Hans Horsten  
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 4/D

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion  
Für unverlangte Beiträge keine Gewähr  
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug,  
ist nur mit Quellenangabe und mit  
Genehmigung der Redaktion gestattet

Einzelpreis je Heft DM 1,50 zuzüglich Porto  
(Österreich: öS 10,—, Schweiz: Fr. 1,80,  
Italien: L 250)  
Abonnement vierteljährlich DM 4,50,  
jährlich DM 18,—.

Im Bezugspreis von DM 1,50 je Heft  
sind 5,5% Mehrwertsteuer enthalten

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum  
Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen.

Sie muß bis spätestens an dessen  
erstem Tag beim Verlag eingehen.  
Bestellungen bei jedem Postamt  
oder beim Verlag.



# Um den Frieden in dieser Welt

Von Dean Rusk

Außenminister der Vereinigten Staaten

Nichts ist heute wichtiger als die Organisation eines dauerhaften Weltfriedens. „Überleben“ ist nicht mehr wie früher eine Vokabel für Dichter und Philosophen, sie ist eine Realität, mit der sich alle Staaten dieser Welt auseinandersetzen müssen. Die Kräfte, die unseren viel zu schwachen Händen anvertraut sind, übersteigen jedes Maß an menschlichem Begriffs- und Vorstellungsvermögen.

Ich wollte, die Menschen aller Nationen, ungeachtet ihrer Weltanschauungen, ihres kulturellen Niveaus und ihrer Jahre, könnten erkennen, daß der Friede in der Welt die alles überschattende Aufgabe unserer Zeit ist.

Jetzt, mehr als 20 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, besteht die Gefahr, daß wir uns nicht mehr genug Sorgen um den Frieden machen und die Vordringlichkeit dieser Aufgabe nicht mehr klar genug erkennen. Wenn die jungen Leute sich auch an vieles nicht erinnern können, das ihre Väter noch miterlebt haben, so ist es doch unerläßlich, daß ihnen die ernste Bedeutung dieser zentralen Frage nahegebracht wird.

Die Katastrophe des zweiten Weltkrieges hatte ihre Ursache in dem Versäumnis früherer Regierungen, ihren Nachkommen eine friedliche Welt zu hinterlassen.

Gereinigt durch das Feuer dieses Weltbrandes haben die Staatsoberhäupter vieler Nationen 1945 beschlossen, alles zu tun, um nachfolgende Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren. Sie schufen die Charta der Vereinten Nationen und legten in Artikel I dieser Charta im einzelnen dar, was ihrer Ansicht nach die wesentlichen Voraussetzungen und Forderungen für den Frieden in der Welt sind. Sie appellierten an die Welt: Wirksame Kollektivmaßnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen des Friedens vorzubeugen und sie zu beseitigen,

internationale Streitfälle durch friedli-

che Mittel und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu regeln, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln, internationale Zusammenarbeit zu erzielen, um internationale Probleme zu lösen,

Forderung und Festigkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion.

Die Menschheit hat einen sehr hohen Preis für diese Erkenntnis bezahlt, und allein dies wäre Grund genug, dafür zu sorgen, daß die Charta der Vereinten Nationen nicht in Vergessenheit gerät.

Aber es gibt noch einen triftigeren Grund. Der Menschheit soll die Lektion aus einem dritten Weltkrieg erspart bleiben. Es wäre auch nicht mehr viel von dieser Welt übrig.

Es ist so bequem, von kollektiver Sicherheit zu reden und zu hoffen, es werde sich schon alles von allein arrangieren. Dies ist aber der direkte Weg in die Katastrophe.

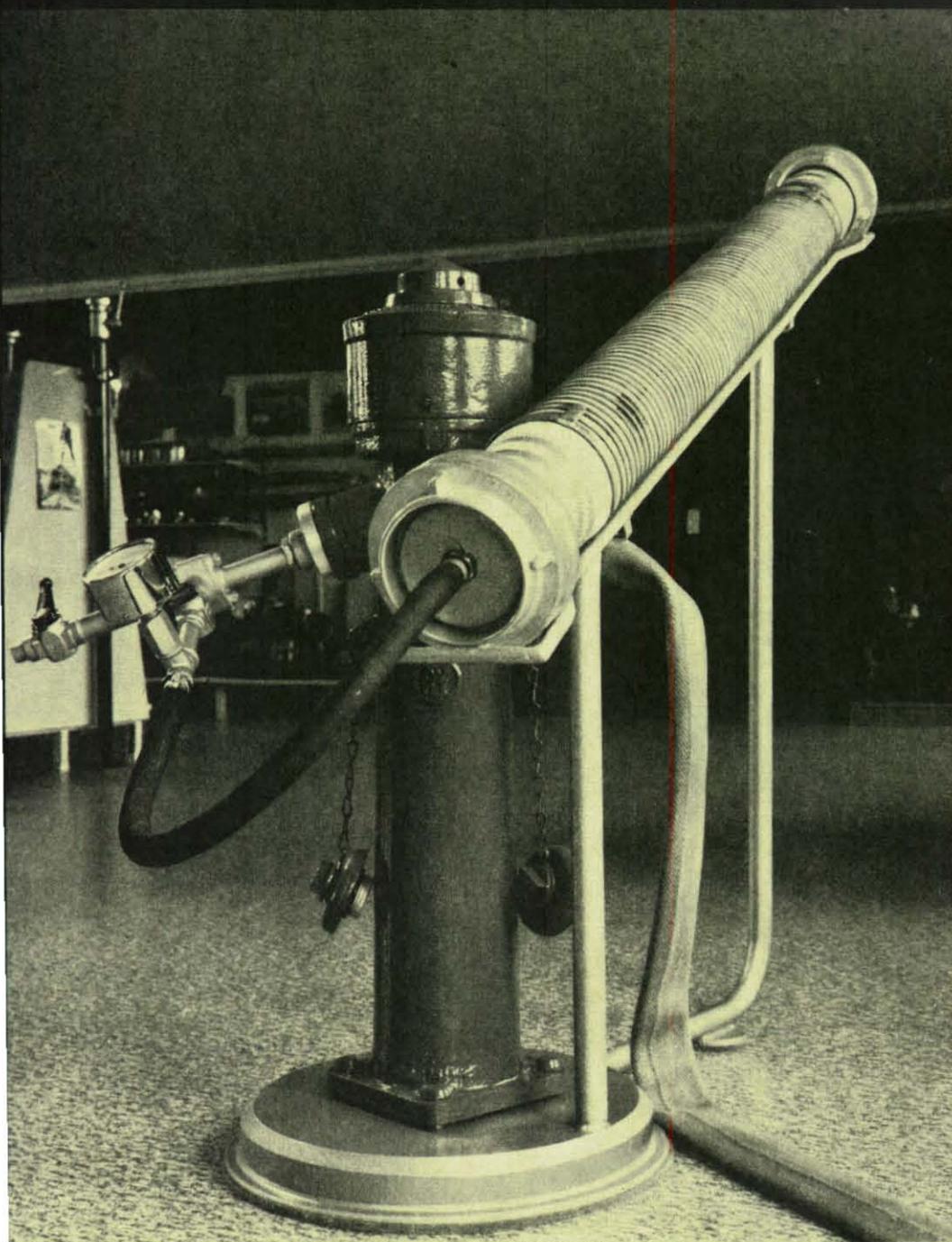
In Südostasien wird darüber entschieden, ob kleine Staaten mit geringer militärischer Schlagkraft das Recht auf eine unabhängige staatliche Existenz haben, wie es in der Charta der Vereinten Nationen heißt, und auch darüber, ob das Gesetz des Dschungels wieder einmal obsiegen kann.

Die Zeit ist jedoch zu weit fortgeschritten. Wir können zum Gesetz des Dschungels nicht zurückkehren, denn es gibt keinen Dschungel mehr.

So tragisch dies auch ist, und so überflüssig dieser Hinweis sein sollte, die Welt muß ihrer Verpflichtung nachkommen. Sinn und Zweck dieser Verpflichtung ist es, Frieden zu schaffen. Es geht nicht darum, ein Stück Acker zu gewinnen, nicht darum, daß jemand etwas aufgeben muß, das ihm gehört, und auch nicht darum, jemand ein politisches System aufzuzwingen — es geht einzig und allein um Frieden.

# Im Wandel der Zeit

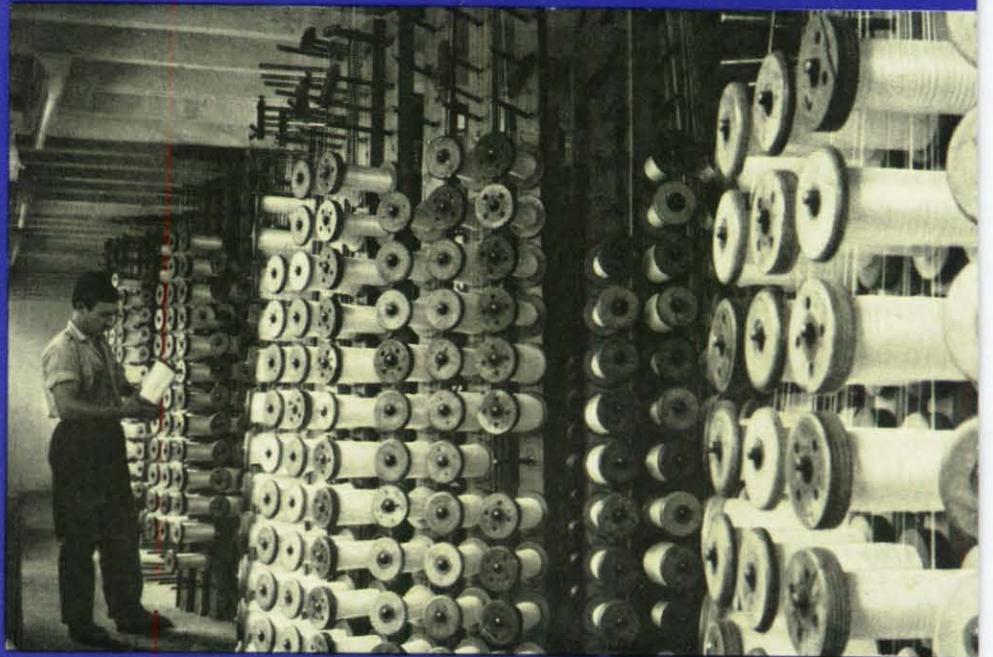
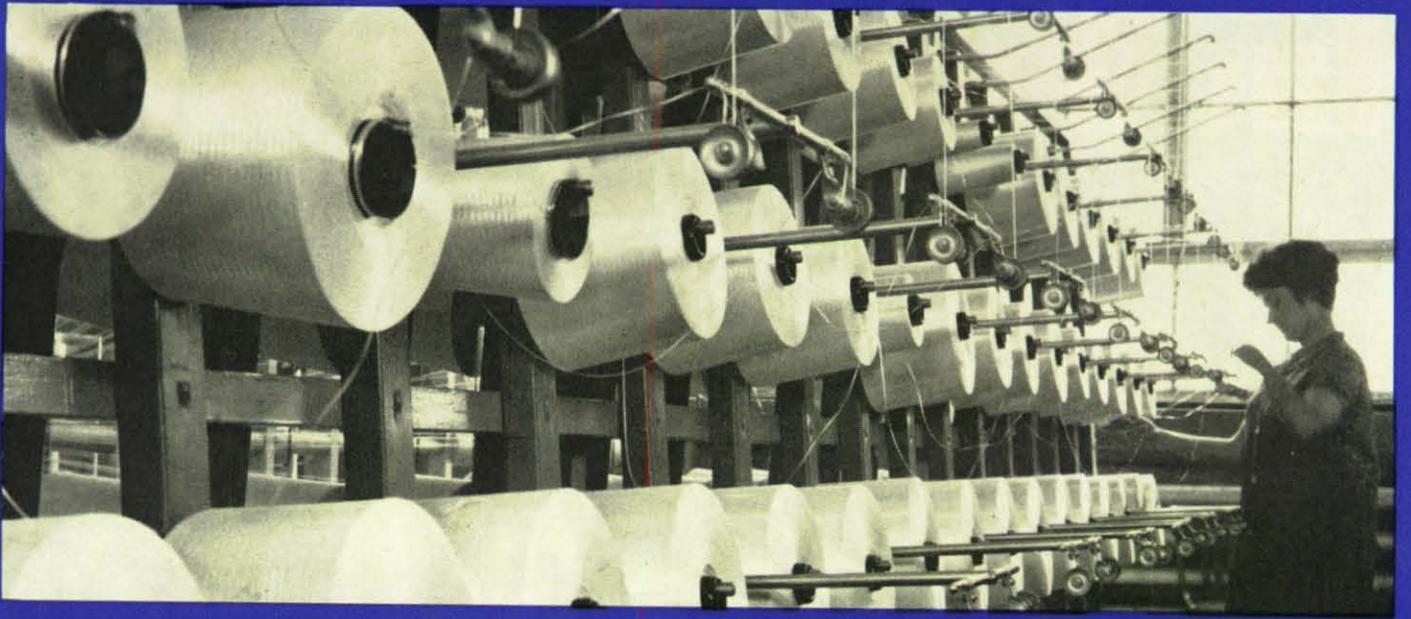
## Feuerlöschschläuche jetzt aus Chemiefaser



Nylon, Perlon, Terylene, Dralon, Trevira — das sind einige Namen der Chemiefasern, die sich in den letzten Jahren den Textilmarkt mehr und mehr erobert haben und ihn heute fast ausschließlich beherrschen. Die Bedeutung der Chemiefaser für den Alltag und in der Textilindustrie ist bereits allgemein bekannt. Auch auf dem Gebiet der Feuerlöschschläuche hat sich die Kunstfaser die führende Position längst erobert und gefestigt.

Es steht jetzt schon fest, daß der Naturfaserschlauch bald der Vergangenheit angehören wird. Die Feuerwehren werden diese Entwicklung nur begrüßen können. Hat doch der Naturfaserschlauch nicht selten bei Übungen und Einsätzen durch Spritzlöcher und Aufplatzen dem Ansehen der Feuerwehren geschadet oder durch aufwendige Reinigungs-, Pflege- und Instandhaltungsarbeiten die Aufgabe der Feuerwehr über Gebühr erschwert. Der neueste Normblatt-Entwurf für Druckschläuche DIN 14811 sieht vor, daß Druckschläuche aus fäulnisbeständigen Werkstoffen hergestellt werden müssen. Damit scheiden

**Dieses Saugschlauchprüfgerät wird an einen Überflurhydranten angeschlossen. Es prüft den Schlauch auf Vakuum bis 90%, Druck und innere Beschaffenheit.**



Ganz oben: Auf einem Spulengatter wird das Rohmaterial zum Zwirnen auf der Zwirnmaschine vorbereitet.

Darunter: Unterhalb der automatischen Rundwebstühle sind an Aufsteckgattern die Spulen mit Kettenfäden angebracht.

Mitte links: Ein genähter Lederschlauch. Seine Nähte reißen leicht auf.

Links: Der genietete Lederschlauch – zum erstenmal im Jahr 1809 hergestellt – ist dagegen sehr dauerhaft. Er mußte jedoch nach jedem Gebrauch getrocknet und eingefettet werden.



**Ganz oben: Moderne Rundweb-  
automaten zur Herstellung von  
Feuerwehrschräuchen.**

**Oben: Die Schlräuche sind fertig  
und werden nun auf die nach DIN 14811  
vorgeschriebenen Maße abgelängt.**

**Rechts daneben: Blick auf  
einen Rundwebstuhl. Eine Arbeiterin ist  
dabei, eine Schußspule einzulegen.**

**Rechts: Als letztes erhalten die  
Schlräuche eine Kennzeichnung  
entsprechend der DIN-Vorschrift.  
Auf Wunsch wird auch noch  
das Kennzeichen des Eigentümers  
auf die Schlräuche gedruckt.**

sämtliche Naturfasern als Rohstoffe für die Schlauchproduktion aus.

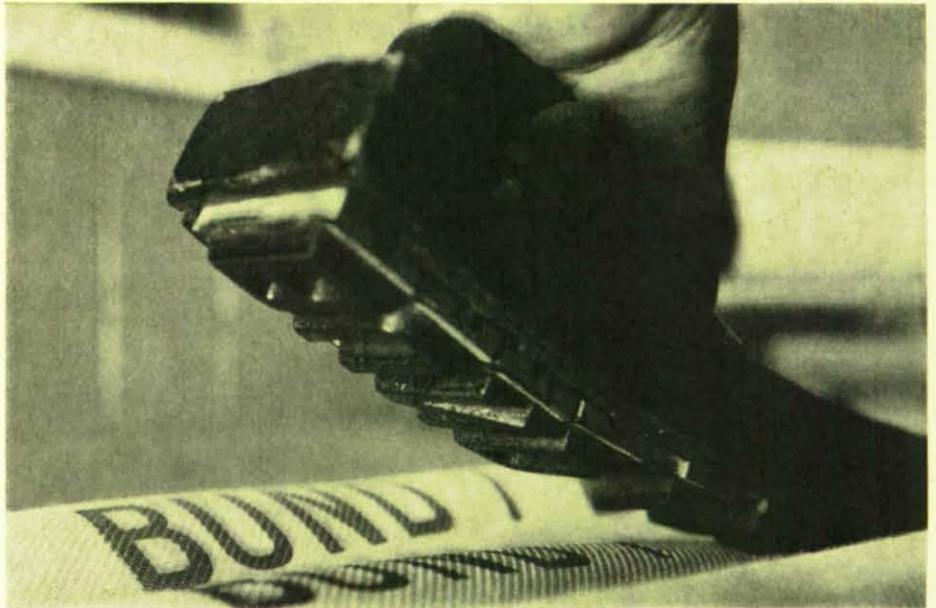
Welche Vorteile hat nun die Kunstfaser, wie unterscheidet sie sich von der Naturfaser?

Die Naturfasern, z. B. Hanf, Flachs, Ramie und Baumwolle, sind organisch gewachsene Zellgebilde, die die Natur mit mannigfachen Vorzügen ausgestattet hat, die aber in der Natur oft gänzlich andere Aufgaben zu erfüllen haben, als wir von ihnen verlangen. Die Chemiefasern dagegen sind synthetische Kunststoffe, die ihren Eigenwert in der größeren Homogenität, in den günstigeren technischen Eigenschaften und der gleichmäßigen Verarbeitbarkeit haben, die praktisch speziell für einen bestimmten Zweck geschaffen und entwickelt worden sind und die dort eingesetzt werden sollen, wo herkömmliche Materialien für den jeweiligen Gebrauchszweck nicht voll befriedigen oder gar die Lösung technischer Aufgaben nicht erlauben.

Alle künstlich geschaffenen Textilrohstoffe werden unter der Bezeichnung „Chemiefaser“ zusammengefaßt. Seit die Amerikaner die Polyamidfaser Nylon entwickelt haben, der eine Reihe Polyesterfasern folgte, deren Weiterentwicklung zu den nun schon vielseitig bewährten synthetischen Fasern Trevira und Diolen führte, sind kaum 20 Jahre vergangen. Eine relativ kurze Spanne, wenn man den Zeitraum seit den ersten längsgenähten Segeltuch- und Lederschläuchen des Jan van der Heyde im 17. Jahrhundert betrachtet. Wenn auch keinen Abschluß, so hat diese Entwicklung doch einen Höhepunkt in Diolen und Trevira gefunden. Zwei gleichartige Fasern, die von den Farbwerken Höchst und den Vereinigten Glanzstofffabriken hergestellt werden. Ausgangsstoffe für Trevira und Diolen sind Steinkohlenteer, Erdöl, Kokereigas und Alkohol. Der fertige Polyester wird zum Schmelzen gebracht und durch haarfeine Spinndüsen gedrückt, aus denen er in dünnen Strahlen in den Spinnstachel austritt. Das flüssige Material erstarrt im Luftstrom sofort zu Fäden. Sie werden nach dem Erkalten unter gleichzeitigem Wiedererhitzen auf einer Streck-Zwirnmaschine um ein Mehrfaches verstreckt und dann aufgespult. Durch das Strecken erhält der Faden erst seine hohe Festigkeit. In dieser Form werden die Polyesterfäden dem Schlauchherstellbetrieb geliefert. Wichtig für die Abriebfestigkeit und Widerstandsfähigkeit des Schlauches ist es dann, daß mehrere Fäden zu einem verzwirrt werden.

In der Schlauchfabrik werden die Fäden zunächst verzwirrt, d. h., je nach der späteren Schlauchdimension werden mehr oder weniger Fäden zusammengedreht.

Neuerdings weisen einzelne Hersteller darauf hin, daß die Kette ihres Schlauches 3fach



**Oben: In großer Anzahl werden hier Schläuche als Eigentum des Bundes gekennzeichnet. Er gibt sie an die Institutionen des Zivil- und Katastrophenschutzes weiter.**

**Links: Beim letzten Arbeitsgang wird der Schlauch auf dem Stutzen mit Draht in den vorgesehenen Rillen eingebunden. Das Knaggenteil wird über den Stutzen geschoben und mit einem Sperring festgehalten.**

gezwirnt sei. Wie vielfach die Kette gezwirnt ist, ist nicht entscheidend für die Qualität des Schlauches, sondern entscheidend ist in erster Linie die Anzahl und Stärke der Kett- und Schußfäden.

Dem Bedarfsträger ist nicht gedient, wenn die Kette aus drei ganz dünnen Fäden gezwirnt ist. Für die Qualität eines Schlauches ist vielmehr unter anderem der Platzdruck und die Abriebfestigkeit maßgebend, und die ergeben sich aus Anzahl, Stärke und Zwirnung der verwendeten Fäden.

Am Rundwebstuhl sind die Spulen mit den Kettfäden (das sind die Fäden, die später in der Längsrichtung des Schlauches laufen) außen am Gatter aufgesteckt. Von den Spulen aus laufen die Fäden am oberen Ende des Webstuhles, im Webkopf, zusammen. Die Anzahl der Kettfäden hängt von der Schlauchdimension ab.

Im Webkopf rotieren zwei Schußspulen, die in ständig kreisender Bewegung den Schußfäden zwischen die Kettfäden einziehen und damit das Rundgewebe, den



Schlauchmantel, herstellen. Ähnlich wie beim Spinnen des Fadens wird der Vorgang des Rundwebens eigentlich nie unterbrochen. Der Schlauchmantel wird endlos in einer sogenannten Körperbindung gewebt. Körper- oder auch Diagonal-Bindung nennt sich die dreibändige Verkreuzung von Garnen, bei der ein Kettfaden jeweils über zwei Schußfäden bindet. Schläuche in Körperbindung werden in gummierter Ausführung geliefert. Die Leinen- oder auch Parallel-Bindung, eine vollkommen regelmäßige Fadenverkreuzung, wird heute nur noch selten angewandt, da das Gewebe weniger flexibel und weicher ist als bei der Körperbindung.

Doch zurück zu den Vorteilen der Kunstfaser. Sie erfüllt weitestgehend die Forderungen, die an gute Druckschläuche gestellt werden müssen:



**Links: Das Einbinden von Druckschläuchen unter Verwendung einer Einbindemaschine mit Elektromotor. Darunter: Bevor die Schläuche das Werk verlassen, werden sie mit Hilfe der Elektro-Schlauchprüfpumpe nochmals überprüft.**

Verrottungsbeständigkeit, hoher Sicherheits- und Zerplatzdruck bei normalem Betrieb und bei plötzlichen Druckstößen, Beständigkeit gegen Kälte und Wärme, gute Beweglichkeit in trockenem und nassem Zustand, niedriger Abrieb, leichte Pflege, Unempfindlichkeit gegen aggressive Materialien und Flüssigkeiten, lange Lebensdauer, niedriges Gewicht und damit ein Optimum an Wirtschaftlichkeit.

Diolen und Trevira zeichnen sich unter den synthetischen Fasern besonders durch einen außergewöhnlich hohen Elastizitätsmodul aus, d. h., es ist eine große Kraft notwendig, um eine Verstreckung herbeizuführen. Damit wird eine wesentliche Forderung erfüllt, die man an einen Rohstoff für den Feuerlöschschlauch stellt, bei dem der Faden auf Zug beansprucht wird. Die Reißfestigkeit von Diolen und Trevira übertrifft die der Naturfasern bei weitem.

Die nachstehende vergleichende Gegenüberstellung zeigt, daß die Festigkeit der Kunstfaser z. T. um ein Mehrfaches höher ist als die der Naturfaser. Man vergleicht in Reißkilometern, d. h. in der Garnlänge, unter deren Eigengewicht der Faden reißt.

Faserart	Ø Reißkilometer
Flachs	ca. 29
Ramie	ca. 28
Hanf	ca. 25
Diolen, Trevira	ca. 70

Die Polyesterschläuche sind absolut verrottungsfest und immun gegen Insekten, Mäusefraß, Schimmel- und Bakterienbefall. Noch ein sehr wichtiger Punkt soll hier erwähnt werden, der gerade bei Werkfeuerwehren von besonderer Bedeutung sein kann: die Widerstandsfähigkeit der Schläuche gegen die Einwirkung von Chemikalien. Die Beständigkeit der Polyesterfaser gegen Säuren, Reduktions- und Oxydationsmittel, selbst bei hohen Konzentrationen, ist hervorragend. Auch gegen Laugen und Alkalien ist Polyester hinreichend unemp-

Alle hier genannten Eigenschaften des Chemiefaserschlauches aus Diolen und Trevira steigern die Gebrauchstüchtigkeit und beweisen die Eignung des Materials für die Herstellung von Feuerlöschschläuchen mit hervorragenden Gebrauchsvorzügen. Der Schlauch, dessen Gewebe für die Druckfestigkeit und Qualität in erster Linie ausschlaggebend ist, muß, um wasserundurchlässig zu sein, innen gummiert werden. Die heutigen Gummiverfahren und die dazu eingesetzten synthetischen Materialien garantieren eine glatte, elastische

(Manchon) aus. Während des Verspritzens wird mit Preßluft Talkum in den Schlauch geblasen, um ein Zusammenkleben zu vermeiden. Der Schlauch läuft dann durch ein Kühlbad und wird auf die für die Produktion erforderliche Fertiglänge geschnitten. Der Gummi ist nach dem Spritzen noch plastisch, also verformbar. Er wird deshalb mit einer Trägerbinde, die später wieder entfernt wird, vorsichtig in das Schlauchgewebe eingezogen. Gewebe und Manchon werden mit den Enden an Ventile angeschlossen und der Manchon mit Luft aufgeblasen, damit er sich an die Wandung des Gewebes preßt. In den mit Luft gefüllten Schlauch wird dann Heißdampf geschickt, so daß der noch verformungsfähige Gummi langsam und gleichmäßig in verschiedenen Heizstufen in das Schlauchgewebe einvulkanisiert wird.

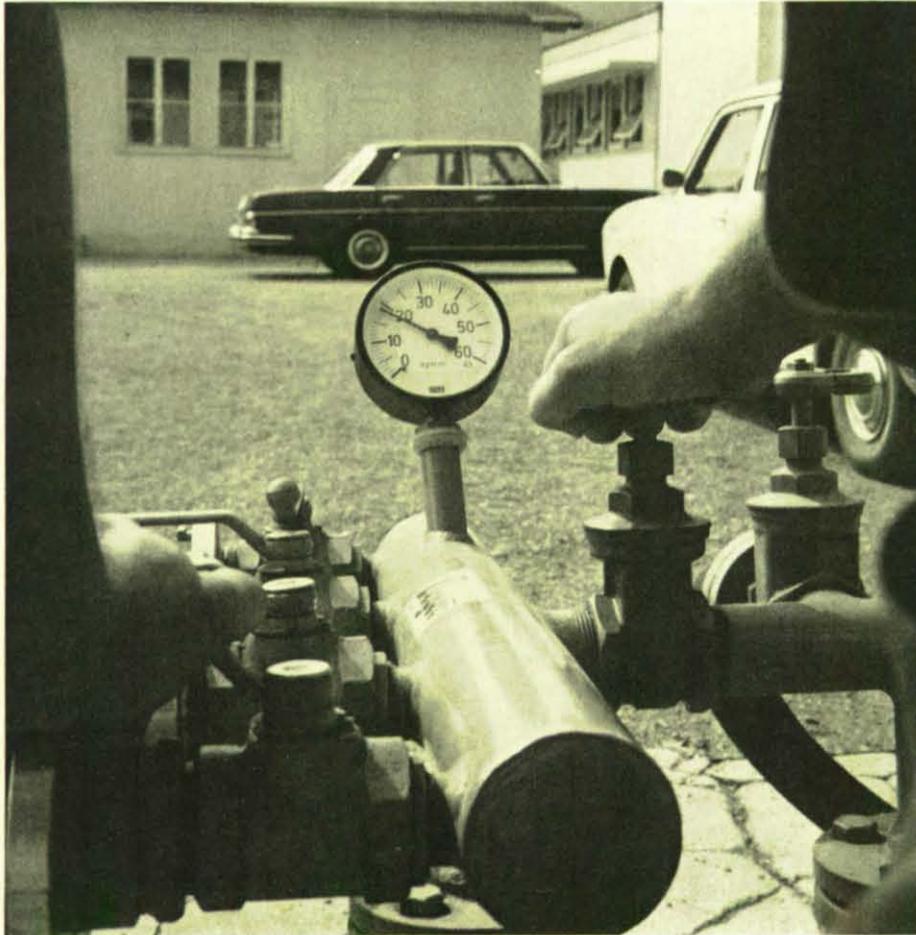
Ein qualitativ besonders hochwertiges Verfahren ist das sogenannte Zweischichtverfahren. Dabei wird der Manchon sofort nach dem Spritzen vorvulkanisiert, mit einer ölbeständigen Kunststoffschicht überspritzt und dann erst in den Gewebeschlauch einvulkanisiert. Durch dieses Verfahren erhält der Druckschlauch eine äußerst glatte Innenschicht verbunden mit einem geringen Reibungsverlust. Gleichzeitig wird der Manchon gegen von außen eindringendes Öl etc. geschützt.

Das Einbinden der Schläuche muß mit ganz besonderer Sorgfalt auf dem Einbindestutzen der Kupplung erfolgen. Man verwendet dazu nichtrostenden oder verzinkten Einbindedraht von 1,4 mm Durchmesser mit einer Zugfestigkeit von min. 45 kg/mm<sup>2</sup> oder wendet ein gleichartiges Einbindeverfahren an.

Der Einband erfolgt mechanisch. Bei der B-Schlauchkupplung werden 2 Einbände aus je 4 Windungen, bei C- und D-Schlauchkupplungen 2 Einbände aus je 3 Windungen gelegt. Der Einband wird beim B- und C-Schlauch schlauchseitig, beim D-Schlauch kupplungsseitig begonnen. Nach dem 1. Einband wird der Draht nicht abgeschnitten, sondern schräg in Wicklungsrichtung zum 2. Einband weitergeführt.

Die vorzüglichen Eigenschaften des modernen Chemiefaserschlauches machen ein Minimum an Pflege erforderlich. Dieses geringe Maß an Wartung und sachgemäßer Behandlung ist aber nach wie vor sehr notwendig, um eine möglichst lange Lebensdauer des kostbaren Schlauchmaterials zu gewährleisten. Von der Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Schläuche hängen manchmal Menschenleben und bedeutende Sachwerte ab.

Dieser Beitrag wurde uns freundlicherweise von der Fa. Albert Ziegler KG, Schlauch- und Feuerlöschgerätefabrik, Giengen (Brenz), zur Verfügung gestellt.

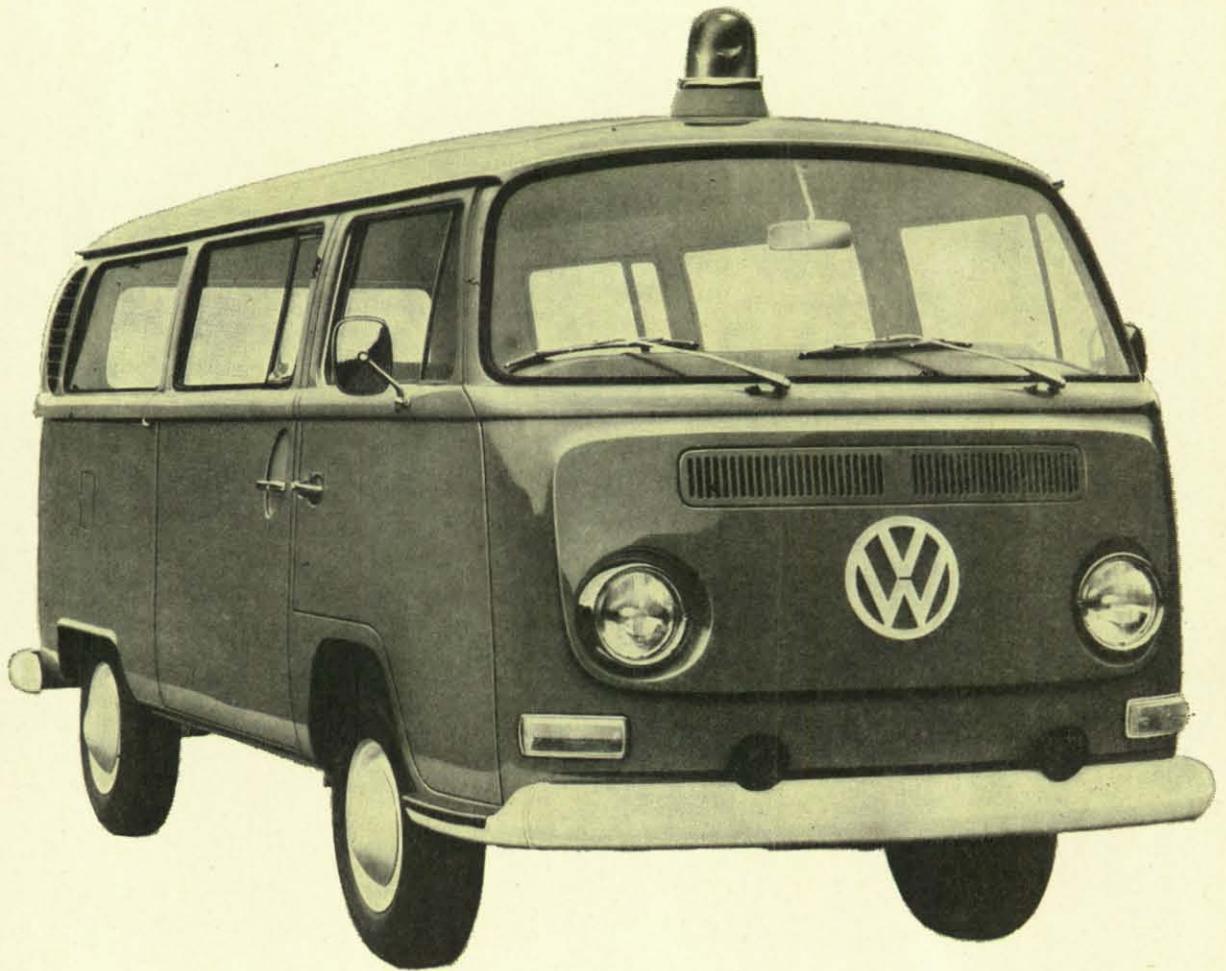


findlich. Lösungsmittel, Benzine, Öle und Schmierstoffe sind der Chemiefaser ungefährlich. Kunstfaserschläuche trocknen auch wesentlich schneller als Naturfaserschläuche. Der Faden der Chemiefaser ist vollkommen glatt und kann infolgedessen keine Feuchtigkeit einsaugen. Lediglich in der Wärmebeständigkeit übertrifft die Kunstfaser die Naturfaser nicht. Dafür überragt sie durch ihre Kältefestigkeit, so daß Chemiefaserschläuche selbst bei strengstem Frost genauso einsatzfähig bleiben wie zu jeder anderen Jahreszeit. Die Geschmeidigkeit und Biegsamkeit bleibt auch in gefrorenem Zustand erhalten. Nach dem Einsatz kann der Chemiefaserschlauch ohne den geringsten Schaden wieder gerollt werden.

**Mit dieser fahrbaren, mehrstufigen Hochdruckkreiselpumpe können gleichzeitig vier Druck- und Saugschläuche geprüft werden.**

und mit dem Gewebe fest verbundene Innenbelegung. Das Manchon-Verfahren hat sich in der Praxis bewährt. Der Gummi, der je nach Verwendungszweck des Schlauches ausgesucht wird, wird erwärmt und durch ein Stahlsieb gedrückt, um eine gleichmäßige, homogene Masse zu garantieren. Anschließend wird er mit hohem Druck durch ein Mundstück verspritzt und tritt als Schlauch

# Mannschaftswagen, Löschwagen, Einsatzwagen, Geländewagen, Krankenwagen, Gerätewagen, Volkswagen.



Und für alles zusammen bezahlen Sie weniger, als mancher dieser Wagen einzeln kosten würde. (Vorausgesetzt, er ist kein Volkswagen.)

Und für alles zusammen brauchen Sie nur einen Fahrer, nur eine Garage und nur eine Versicherung.

Und alles zusammen bekommen Sie jetzt mit einer neuen Doppelgelenk-Hinterachse, die aus schwierigen Kurven normale Kurven macht.

Mit einer neu abgestimmten Federung,

die aus unmöglichen Feldwegen eine halbwegs brauchbare Straße macht.

Mit einem Zweikreis-Bremssystem, das brenzlige Situationen verhindert. (Sollte wirklich mal ein System ausfallen, bleibt das andere immer noch voll in Aktion.)

Und alles zusammen bekommen Sie jetzt so, daß Sie es sich bequem machen können, bevor der unbequeme Teil Ihrer Arbeit anfängt:

Mit einem neuen, geräumigen Fahrerhaus, wo Sie neue, verstellbare Einzel-

sitze finden. Wo Sie eine große, gewölbte Windschutzscheibe finden, durch die Sie bequem die Fahrbahn überblicken können. Und eine neue, übersichtliche Armaturentafel. Und eine neue Frischluftanlage. Und eine neue Heizung. Und ein Sicherheitslenkrad. Und. Und.

Und das Beste daran: Alles zusammen steckt in einem Wagen, der dem Finanzausschuß kein Kopfzerbrechen macht. In einem Volkswagen.



# SELBSTSCHUTZ IN NEUER BEGRÜNDUNG



## Mit dem Katastrophenschutzgesetz wandelte sich die Rechtsgrundlage

Von Dr. Werner Lennartz, Kiel

Selbsthilfe war von jeher spontane Reaktion auf zu erwartende, eingetretene und den Lebensbereich unmittelbar betreffende Gefährdung: spontane Reaktion also des „Betroffenen“ oder der „Betroffenen“ an der Schadenstelle, gleichgültig ob diese Schadenstelle nun als Unfallort, Schaden-gebiet oder Katastrophengebiet in Erscheinung tritt. Immer ist es der einzelne, der hier versucht, in erstem eigenen Tätigwerden sich selbst oder dem Nächsten die vielleicht lebensentscheidende, weil rechtzeitige Hilfe zu bieten, bis Hilfsdienste „von oben“ die Schadenstelle erreichen. Diese so praktizierte Selbsthilfe im Lebensbereich ist in jedem Falle ein improvisierter Akt — im Gegensatz zu der „Hilfeleistung von oben“, den Hilfsdiensten —, also eine nicht organisierte Aktion, ohne Zuständigkeit und ohne Auftrag; wenn man von dem mo-

ralischen Impuls, dem „ethischen Auftrag“ aus Selbsterhaltung und Nächstenliebe absieht.

Selbstschutz und Selbsthilfe als gesetzlich fundierte Organisation tritt erst mit dem ehemaligen Reichsluftschutzrecht personell und institutionell in Erscheinung. Den Vorstellungen von einer totalen Bedrohung der Zivilbevölkerung in ihren Lebensbereichen, wie sie sich angesichts der damaligen Luftkriegsführung mit ihren Vernichtungsmöglichkeiten aufzwingen, wurde mit der Konzeption eines Zivilen Luftschutzes begegnet. Realisiert wurde dieser Luftschutz in zwei sich ergänzenden Komponenten: der Selbsthilfe der Bevölkerung einerseits und den behördlichen Maßnahmen andererseits. Mit voller Berechtigung wurden dem „behördlichen Luftschutz“ relative Wirkungschancen zugestanden in der Erkennt-

nis, daß „Hilfe von oben“ in ihrem Leistungswert und -umfang immer abhängig ist vom zuvor eingezahlten eigenen Selbsthilfeanteil der betroffenen Zivilbevölkerung.

Der Selbstschutz als Organisationsbegriff für die Summe aller Maßnahmen und Verhaltensweisen, die die Zivilbevölkerung selbst zu ihrem eigenen Schutz in ihrem Lebensbereich (Wohnhaus, Nachbarschaft, Arbeitsstätte) zu treffen aufgerufen und verpflichtet wurde, wurde somit als die umfassende Grundlage für den Luftschutz und als die für das Überleben des Luftkrieges entscheidende Ausgangsposition gewertet, gelehrt, vom eigens hierfür geschaffenen Reichsluftschutzbund betreut und im Reichsluftschutzrecht verankert.

Der Luftkrieg des zweiten Weltkrieges hat die Richtigkeit dieser Konzeption in vollem



Umfang bestätigt. Die Vorsorgemaßnahmen, die die Bevölkerung im Rahmen ihrer Selbsthilfe traf, das selbstschutzmäßige Verhalten, zu dem sie durch die Berater der Betreuungsorganisation RLB in allen kritischen Lagen immer wieder angeleitet wurde, der Einsatz der organisierten und ausgebildeten Selbstschutzkräfte im Wohnhaus, im Nachbarschaftsbereich, an der Arbeitsstätte: das zusammen hat auch den unerbittlichsten Zerstörungswirkungen der Luftangriffswaffen die unverhältnismäßig hohe Überlebensquote von 98% der Zivilbevölkerung abtrotzen können und dem damaligen „Sicherheits- und Hilfsdienst“ in seinen örtlichen und überörtlichen Einsätzen überhaupt erst wirksames Arbeiten ermöglicht.

Selbsthilfe und behördliche Maßnahmen als notwendig zusammengehörige und sich ergänzende Komponenten des Luftschutzes sind aus den Erfahrungen des alten Reichsluftschutzes herübergewechselt in die Konzeption des neuen Luftschutzes in der Bundesrepublik Deutschland. „Die Selbsthilfe der Bevölkerung wird durch behördliche Maßnahmen ergänzt“, besagte § 1 des Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (ZBG) von 1957, womit die gegenseitige Abhängigkeit beider Organisationsteile voneinander im Sinne von Grundlage (Selbsthilfe) und ergänzender Funktion (behördliche Maßnahmen) wiederum ihren rechtlichen Unterbau gefunden hatte.

Man hat inzwischen mit gutem Grund den Begriff „Luftschutz“ abgelöst durch den Begriff „Zivilschutz“. Politische Opportunität war gewiß ebenso Veranlassung hierzu wie sachliche Wertung. Wurde doch der Begriff „Luftschutz“ weder sprachlich noch seinem Sinngehalt nach dem gerecht, was hiermit ausgesprochen und definiert werden sollte. Auch der Zivilschutz gründet auf der Wechselwirkung von Selbsthilfe und behördlichen Maßnahmen in der gleichen Verzahnung. Die Namensänderung hat die innere Struktur der Organisation zunächst nicht beeinflußt.

Um den Standort der „Selbsthilfe“ im strukturellen Gefüge des Zivilschutzes von der gesetzlichen Interpretation her eindeutig festlegen zu können, sei daran erinnert, daß das ZBG zwei selbstständig nebeneinander bestehende Einrichtungen vorsah, nämlich den in Landeshoheit mit Hilfe der Katastrophenschutzverbände erstellten friedensmäßigen Katastrophenschutz neben den in Bundeshoheit für den Verteidigungsfall örtlich bzw. überörtlich aufzustellenden Luftschutzhilfsdienst (LSHD), wobei die Ka-

**Oft genügt bei kleineren Unfällen (oben) ein wenig Selbsthilfe und der Schaden ist behoben. Bei schwereren Unglücken (unten) wird man nach der Selbst- und Nächstenhilfe – Bergung und Versorgung von Verletzten – ohne behördlichen Einsatz von Polizei und Feuerwehr nicht auskommen.**

tastrophenschutzverbände als Basisorganisation zu fungieren und das Helferpotential für die Fachdienste im LSHD zu stellen hatten. Der Selbstschutz war begrifflich und strukturell eindeutig dem Komplex Luftschutzhilfsdienst zugeordnet. Er wurde durch behördliche Maßnahmen ergänzt. Einen Selbstschutz als Grundlage des friedensmäßigen Katastrophenschutzes zu interpretieren, ihn in seinem personellen, institutionellen und organisatorischen Bestand von dort her zu begründen und zu rechtfertigen, dazu gab das ZBG ebenso wenig Legitimation wie irgendein anderes Bundes- oder Landesrecht. Die Mitverantwortung des Staatsbürgers für Hilfeleistungen bei friedensmäßigen Katastrophen lag außerhalb des Selbstschutzauftrages des ZBG.

Selbstschutz und Selbsthilfe war somit eine eindeutig auf den Zivilschutzfall, also auf den Verteidigungsfall bezogene Einrichtung. Er wurde begründet mit dem Hinweis, daß die Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzung leider nicht ausgeschlossen werden kann und daß es für diesen Fall einen Zivilschutz geben muß und somit — als notwendiger Bestandteil desselben — also auch einen Selbstschutz. Wie schwer es war und ist, mit dieser Argumentation „anzukommen“, d. h. die in der Bundesrepublik unter dem Ressentiment unbewältigter Vergangenheit stehende Bevölkerung zur Einsicht für Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines Selbstschutzes zu bringen, ist sattsam bekannt.

Unbehagen, Mißtrauen, Vorurteil und Ablehnung stellten den Aufklärungsbemühungen des Bundesluftschutzverbandes nicht

**Organisierte Abwehrmaßnahmen, die schon für Unglücksfälle und Katastrophen im Frieden vorgesehen sind, sollen in Zukunft verstärkt werden. Dazu werden die Kräfte des Katastrophenschutzes — hier bei Übungen — den Bedürfnissen des Zivilschutzes angepaßt.**

zuletzt auch deswegen, weil er mit seinem Namen das Ressentiment geradezu beschwor, immer wieder das Nein, das „Ohne mich“ oder zumindest Reaktionen der Vorsicht, des Abwartens und Ausweichens entgegen, und das nicht nur in der Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit, sondern allzuoft auch im Bereich der politischen Verantwortung.

Der BLSV mußte dieser ihm entgegenstehenden Empfindungs- und Bewußtseinslage psychologisch begegnen. Selbstschutz in einer für jedermann verbindlichen Interpretation verlangt den Bezug auf die Selbstschutzbedürftigkeit dieses „Jedermann“ zu jeder Zeit und an jedem Ort, also nicht allein für den unvorherbestimmbaren Zeitpunkt und Ort kriegerischer Auseinandersetzung. So war es durchaus zweckmäßig und auch in der Sache vertretbar, daß der BLSV seine Lehre der Selbsthilfe als eine Wissensvermittlung anbot, die zwar für den Verteidigungsfall unerlässlich ist, aber auch für die Notfälle aller Art, wie sie täglich ein-

treten können, gebraucht wird und genutzt werden kann. Das wurde von manchem verstanden und half ihm über obenerwähnte innere Vorbehalte hinweg. In der breiten Front der öffentlichen Meinungsbildung blieb jedoch das Vorurteil beharrlich im Raum, der Selbstschutz wie der Zivilschutz oder eben der Luftschutz von ehemals seien nun einmal eine Spekulation auf den Ernstfall, seien somit das Eingeständnis der Unvermeidbarkeit des Krieges und deshalb unmittelbare Kriegsvorbereitung. Der „Selbstschutz für den Notfall“, eine in der Sache wohl zu bejahende Forderung, blieb in seiner Verstrickung mit der Notstands- und Verteidigungsproblematik somit zwangsläufig im Zwielficht politischer Wertungen.

Ein echtes Dilemma, das dem Anliegen des Selbstschutzes sicher noch auf weite Sicht hin abträglich sein würde, wenn sich nicht im gesetzgeberischen Raum eine völlig neue Plazierung und damit auch eine neuartige Interpretation des Selbstschutzes an-



bieten würde. Gemeint ist das jüngst im Rahmen der sogenannten kleinen Notstandsgesetze vom Bundestag verabschiedete und mittlerweile in Kraft getretene Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, mit dem das Nebeneinander der bislang selbständigen Institutionen „Katastrophenschutz“ und „Luftschutzhilfsdienst“ beseitigt wurde. An Stelle der bisherigen Zweigleisigkeit von Friedens- und Verteidigungskompetenzen tritt nun die Einheit der Hilfeleistung für friedensmäßige Katastrophen wie für den Ernstfall. Mit der Einbeziehung der Zivilschutzaufgabe, die zuvor dem Luftschutzhilfsdienst zugesprochen war, in die Kompetenz des Katastrophenschutzes verlagert sich zwangsläufig der Standort der organisierten Selbsthilfe, also des Selbstschutzes. Die Selbsthilfe der Bevölkerung, die bisher die notwendige Voraussetzung für den wirksamen Einsatz



und zur Hälfte auf die Selbsthilfe bei Katastrophen und im Ernstfall bezogen. Da das hier vermittelte Wissen zu jeder Zeit von Nutzen sein kann, ist sie von aktuellem Wert und somit auch von jedermann zu bejahen und anzuerkennen. Ermöglicht sie ihm doch besonnenes Verhalten, sinnvolles Handeln und wirksames Helfen in jeder Lage.

Aber auch institutionell hat der Selbstschutz, der nach dem Katastrophenschutzgesetz von der Gemeinde in enger Mitwirkung des Bundesverbandes für den Selbstschutz aufzubauen, zu fördern und zu leiten ist, seine Existenzberechtigung im Alltag, auch ohne unmittelbaren Bezug auf einen Verteidigungsfall. Ist doch unser Alltag im Zeitalter hochentwickelter und sich ständig perfektionierender Technik mit Risiken und Gefährdungen belastet, die eine sich diesen Entwicklungen ständig anpassende Lehre der Selbsthilfe und Organisation des Selbstschutzes vollauf rechtfertigen. ■

des Zivilschutzes war, wird mit der Verschmelzung von Katastrophenschutz und Zivilschutz zu einer institutionellen Einheit. Sie wird ihrerseits institutionell und organisatorisch zur Grundlage und Voraussetzung für die nunmehr neu geregelte behördliche Hilfeleistung, also für den um den Zivilschutz erweiterten Katastrophenschutz. Hiermit ist die gesetzliche Grundlage für eine Interpretation des Selbstschutzes und der Selbsthilfe geschaffen worden, die den gewandelten Vorstellungen vom Engagement des Staatsbürgers im Bereich von Schutz und Hilfe Rechnung trägt. Selbsthilfe wird nunmehr zu verstehen und zu begründen sein als das erste Reagieren der Betroffenen im Schadensbereich schlechthin, gleichgültig ob es sich um Unfälle des Alltags, um Katastrophenfälle in Friedenszeiten oder um einen Kriegsfall handelt. Selbsthilfe ist, wie eingangs ausgeführt, der „Hilfe von oben“, also der Hilfeleistung durch Hilfsorganisationen, in jedem Falle zeitlich und räumlich vorgelagert. Den zeitlichen Vorsprung und die örtlichen Gegebenheiten nutzen, d. h. den Betroffenen spontan erste Hilfe bieten, bedeutet in jedem Falle Nutzung natürlicher Vorteile, womit die Daseinsberechtigung einer organisierten Selbsthilfe hinreichend belegt und begründet ist.

Die Selbstschutzausbildung hat diesen gewandelten Bedingungen bereits Rechnung getragen. Ist doch die Grundausbildung zur Hälfte auf die Soforthilfe am Unfallort



Entsprechend dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes erhalten die zivilen Hilfsdienste vom Bund zusätzliche Ausrüstungen für Zwecke des Zivilschutzes.

Unsere Bilder zeigen Helfer des Malteser Hilfsdienstes bei einer Übung (oben) und Helfer des Selbstschutzes während eines Hochwassereinsatzes (unten) in Nordrhein-Westfalen.



\* alle geprüft und zugelassen

**Schutzraum**  
Türen und Abschlüsse  
... natürlich von **Schwarze**

Drücktüren u. -klappen  
Notausstiegluken  
Gastüren u. -klappen

Deutsche Metalltüren-Werke Aug. Schwarze AG · Post: 4801 Quelle

# Strahlen- schutz und Polizei

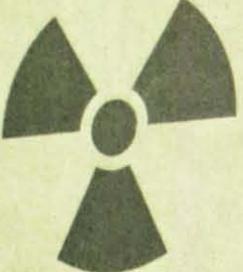
Von Polizeioberkommissar  
Siegfried Bleck, Bremen

Die Aufgaben des Zivilschutzes überschneiden sich in mancher Hinsicht mit den Aufgaben der Polizei. Beide haben vorrangig das Ziel, Gefahren abzuwehren bzw. Gefahrensituationen im Interesse der Allgemeinheit zu entschärfen und einzudämmen. Diese humanitären Anliegen verbinden beide Institutionen. Besonders bei Katastropheneinsätzen muß sich dieses Miteinander wirkungsvoll ergänzen; hier ist das Zusammenwirken von Zivilschutz und Polizei unerläßliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Hilfe.

Für die polizeitaktischen Maßnahmen beim Auffinden radioaktiver Stoffe, bei Unfällen oder sonstigen Schadensfällen im Umgang mit radioaktivem Material bestehen klare Richtlinien, die die notwendigen Schutzmaßnahmen sowie das Verhalten im Falle einer Kontamination festlegen.

Die Erste Strahlenschutzverordnung vom

24. Juni 1960 bestimmt, daß unverzüglich Anzeige zu erstatten ist beim Fund von radioaktiven Stoffen (§ 10), beim Verlust von radioaktiven Stoffen (§ 45) und bei Unfällen und sonstigen Schadensfällen beim Umgang mit radioaktiven Stoffen oder bei Beförderung dieser Stoffe (§ 53). Diese Vorschriften gelten gem. § 55 (1) der Ersten Strahlenschutzverordnung auch für Kernbrennstoffe im Sinne des § 2 (1) des Atomgesetzes vom 23. 12. 1959. Der Sinn dieser Gesetzgebung besteht darin, die Bevölkerung weitgehend vor der Gefährdung durch radioaktive Strahlung zu schützen, wobei eine Anzeige die Polizeibehörde in die Lage versetzen soll, die erforderlichen Schutzmaßnahmen einzuleiten. In diesem Fall ist eine enge Zusammenarbeit zwischen allen für die öffentliche Sicherheit zuständigen Behörden bei einem derartigen Katastrophenfall erforderlich.

VORSICHT  
  
RADIOAKTIVITÄT

NUKLID \_\_\_\_\_ AKTIVITÄT \_\_\_\_\_ mC  
*an Maschine bis zu*  
**1000 mr/h**  
*6.1.1969 Pöw*

## Allgemeine Erläuterungen

Radioaktive, d. h. strahlende Stoffe natürlichen und künstlichen Ursprungs werden in zunehmendem Maße in der Technik, der Medizin und in der Forschung für die verschiedensten Zwecke angewandt. Daher müssen alle Polizeibeamten mit den Maßnahmen vertraut sein, die dazu dienen, eine Strahlengefährdung für den Menschen abzuwenden.

Radioaktive Stoffe können von fester, flüssiger oder gasförmiger Substanz sein. Ihre Gefahr für den Menschen besteht vor allem darin, daß die von ihnen ausgehende Strahlung mit den menschlichen Sinnen nicht wahrgenommen werden kann. Das Vorhandensein dieser Strahlen läßt sich nur mit geeigneten Meßinstrumenten feststellen.

Transportstücke, die radioaktive Stoffe enthalten, müssen symbolisch gekennzeichnet



**Oben:** Kernstrahlung ist mit menschlichen Sinnesorganen nicht wahrzunehmen. Besteht die Gefahr der Verstrahlung eines Gebietes, bedient sich der Helfer eines Strahlenmeßgerätes. **Rechts:** Die Strahlenschutz-Rechenscheibe dient der Auswertung von Meßergebnissen. Sie besteht aus drei unabhängig voneinander drehbaren Scheiben, von denen jede mit einer Skala versehen ist. Mit ihrer Hilfe läßt sich z. B. errechnen, wie viel Röntgen eine Person aufgenommen hat, die sich eine bestimmte Zeit in einem radioaktiv verseuchten Gebiet aufgehalten hat.



werden, entweder mit Totenkopf und Knochen und mit der Umschrift „Radioactive“ oder mit dreiblättrigem Kleeblatt oder Flügelrad in Orange.

Zusätzlich zu den genannten Symbolen muß die Hinzufügung ihrer Massenzahl erfolgen:

Radium	Ra-226	} natürlich radioaktive Stoffe
Uran	U-238	
Thorium	Th-228	
Kobalt	Co-60	} künstlich radioaktive Stoffe
Iridium	Ir-192	
Caesium	Cs-137	
Strontium	Sr-90	

### Gefahren beim Einsatz

Den Polizeibeamten wird immer wieder eingeprägt, daß bei Unfällen, bei technischen Hilfeleistungen, bei der Bekämpfung von Bränden, bei denen radioaktive Stoffe (Radioisotope) vorhanden sind oder bei denen mit dem Vorhandensein dieser Stoffe gerechnet werden muß, zusätzliche Gefahren für den Menschen auftreten:

radioaktive Bestrahlung von außen sowie radioaktive Bestrahlung von innen (durch inkorporierte Stoffe, z. B. beim Einatmen, Essen, Trinken, Rauchen oder durch offene Wunden).

Das gilt gleichermaßen für die bei einem Unfall unmittelbar betroffenen Personen wie auch für die zur Hilfeleistung eingesetzten Polizeibeamten oder Rettungsmannschaften.

Die Gefahr der Inkorporation ist für die Hilfsmannschaften immer dann gegeben, wenn das radioaktive Material aus seiner Umhüllung frei wird, wenn es z. B. infolge eines Brandes als Gas oder Schwebstoff in die Luft gelangt.

Inkorporierte radioaktive Stoffe werden meist nur zu geringen Teilen auf dem natürlichen Weg aus dem Körper wieder ausgeschieden. Die Menge der Ausscheidung läßt sich kaum beeinflussen. Bei langer Verweilzeit im Körper entstehen Strahlenschäden („Verbrennungen“), die krebserregend sein können.

### Schutzmaßnahmen

Der Schutz gegen die Einwirkung radioaktiver Strahlung wird allgemein erreicht durch

Abschirmung der Strahlenquelle, möglichst großen Abstand von der Strahlenquelle, Beschränkung der Aufenthaltszeit im Strahlenfeld.

Da eine Abschirmung der Strahlenquelle (besonders bei Gammastrahlern möglichst Blei oder Stahl) im praktischen Einsatz kaum in Frage kommt, werden die Polizeibeamten angehalten, entweder Abstand von der Strahlenquelle zu nehmen oder aber die Aufenthaltszeit im Strahlenfeld zu begrenzen.

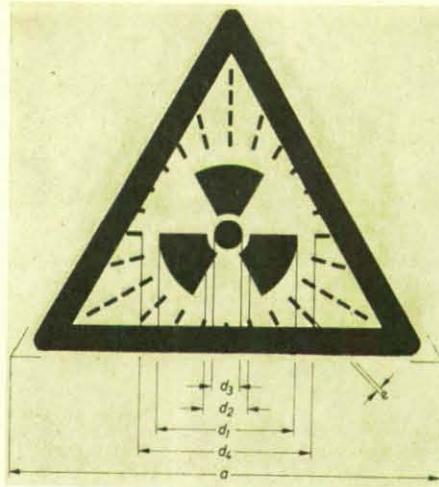
Die Abmessungen für kleinere und größere Warnzeichen sind durch Multiplikation der Werte in der Tabelle mit 0,1, 10, 100 usw. zu ermitteln.  
Die Farbe des Zeichens ist Schwarz auf gelbem Untergrund nach RAL-Farbbregister 840 HR.

Ist der Lager- oder Transportbehälter für das radioaktive Material bei Einsatzbeginn noch unbeschädigt, sollte zunächst die Bergung des Behälters versucht werden, um die ungleich größere Strahlengefährdung bei Verlust der Behälter-Abschirmung und Freiwerden des radioaktiven Stoffes zu vermeiden.

Als erste Maßnahme ist um die Unfallstelle eine Zone mit einem Halbmesser von 10 m abzusperren. Ist ein Dosisleistungs-Meßgerät zur Verfügung, wird die Absperrgrenze so festgelegt, daß an der Absperrung nicht mehr als 10 mr/h (Milliröntgen pro Stunde) gemessen werden. Außerdem sind alle Bereiche abzusperren, an denen zwar die erwähnte Dosisleistung nicht erreicht wird, aber durch einen frei gewordenen radioaktiven Stoff die Gefahr der Kontamination des Schuhwerks oder der Kleidung besteht.

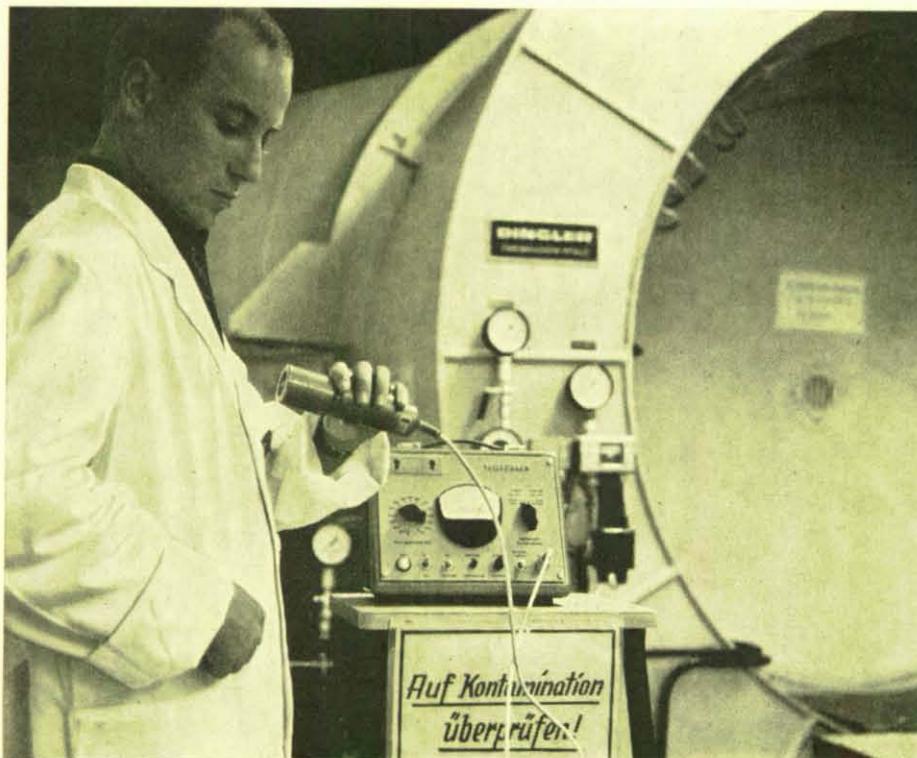
Zur Beurteilung der Absperr- und sonstigen Schutzmaßnahmen bei Verunreinigung der Luft, des Bodens und der Umgebung ist unverzüglich ein sachkundiger Bediensteter der Feuerwehr oder des Zivilschutzes heranzuziehen.

In den meisten Fällen wird die Dosisleistung in der Nähe einer offenen Strahlen-



Warnzeichen für ionisierende Strahlung DIN 25 400 lautet die Norm für das „Warnzeichen für ionisierende Strahlung“, wie sie vom Fachnormenausschuß Kerntechnik im Deutschen Normenausschuß veröffentlicht wurde. Das Zeichen stimmt mit den Angaben der Empfehlung der International Organisation for Standardization ISO/R 361-1963 überein.

Nennmaß $d_1$	$a$	$d_2$	$d_3$	$d_4$	$e$
16	50	5	3,2	20	0,4
32	100	10	6,3	40	0,8
63	200	20	12,5	80	1,6
125	400	40	25	160	3,2
200	630	63	40	250	5



quelle so hoch sein, daß die zulässige Aufenthaltszeit der Helfer sehr gering ist. Darum ist auf Hilfskräfte zurückzugreifen, die für solche Einsätze besonders ausgerüstet sind. Ein Angehöriger des Trupps ist ausschließlich mit der ständigen Messung der Dosisleistung und mit der Zeitbestimmung zu beauftragen, damit — sofern die zulässige Dosis erreicht wurde — der Einsatztrupp einschließlich des Meßbeamten zurückgezogen und durch einen noch nicht eingesetzten Trupp ersetzt werden kann.

### Zulässige Höchstwerte der Strahlenbelastung

Einer höheren Dosis als drei r (Röntgen) sollte der Beamte oder Helfer nicht ausgesetzt werden. Nur wenn es zur Beseitigung einer erheblichen Gefahr zwingend erforderlich ist, kann die Einzeldosis einmal im Leben jeder eingesetzten Person bis 12,5 r betragen. Nur bei Rettung von Menschen darf die zulässige Strahlungsbelastung bis zu 25 r gesteigert werden.

Da mit zunehmender Dosis die Möglichkeit einer genetischen Schädigung (Erbschädigung) wächst, sollen bei Hilfsaktionen, die die Aufnahme hoher Dosen erwarten lassen, möglichst nur Personen, die über 45 Jahre alt sind, eingesetzt werden.

Neben der Dosisleistung ist auch die Aufenthaltsdauer im Strahlenfeld für die aufgenommene Dosis entscheidend. Darum muß der Meßmann die Einsatzdauer an Hand des Zeitdiagramms festlegen und die Zurücknahme des Trupps rechtzeitig veranlassen. Der Leiter der polizeilichen Maßnahmen hat hier nach den Angaben des Meßmannes zu handeln. Wird vermutet, daß eine Person beim Einsatz eine Dosis von mehr als 12,5 r aufgenommen oder daß sie radioaktive Stoffe inkorporiert hat, die sie selbst oder andere Personen gefährden können, muß unverzüglich eine Untersuchung durch einen fachkundigen Arzt veranlaßt werden.

Über die Strahlenbelastung der am Einsatz beteiligten Beamten und Hilfskräfte sind an Hand der gemessenen Dosisleistungen, der Aufenthaltsdauer sowie der Angabe der getragenen Meßfilme und Taschendosimeter sofort nach dem Einsatz genaue Angaben über die von jeder einzelnen Person aufgenommenen Dosen aufzuzeichnen.

Wird im Einsatzfall die Gefahr der Kontamination der Luft oder Umgebung vermutet, dürfen nur solche Personen im Einsatzraum verwendet werden, die mit Atemschutzgeräten und Schutzanzügen ausgerüstet sind. In diesen Fällen ist das Rauchen, Trinken und Essen am Einsatzort verboten. Schwieriger ist die Bergung von Verletzten oder Toten, die radioaktiv kontaminiert sind. In solchen Situationen ist darauf zu achten, daß bei der Hilfeleistung und dem

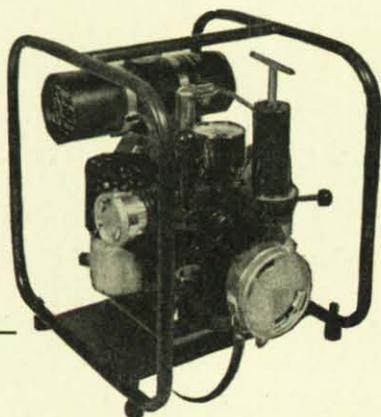
Abtransport nicht weitere Gegenstände ver-  
seucht werden. Dies wird durch den Ge-  
brauch von Planen, Foliensäcken oder Dek-  
ken verhütet, die anschließend wie radio-  
aktives Material behandelt werden müssen.  
Entsprechend soll bei der Bergung von Ge-  
genständen verfahren werden, bei denen  
gleichfalls der Verdacht einer Kontamina-  
tion besteht.

Vor Verlassen der Einsatzstelle sind alle  
Personen und Gerätschaften auf eine Ver-  
seuchung hin zu prüfen. Beamte und Hilfs-  
personen sollten sich möglichst an der Ein-  
satzstelle waschen und umziehen, um mit  
dieser Maßnahme jede Verschleppung der  
Kontamination zu vermeiden.

### Zusammenfassung

Die hier wiedergegebenen Grundsätze ha-  
ben ihren Niederschlag in einer Dienstan-  
weisung für den Polizeivollzugsdienst ge-  
funden, um in Abstimmung mit anderen  
Hilfsorganisationen Katastrophen wirk-  
ungsvoll bekämpfen zu können. Eine die-  
ser der Polizei zur Seite stehenden Hilfs-  
organisationen ist der Zivilschutz mit sei-  
nen speziell ausgebildeten Einsatztrupps  
und dem modernen Gerät an Strahlen-  
schutz- und Strahlenbekämpfungsmitteln.

**Bild auf der linken Seite:**  
Auch bei der friedlichen Nutzung von  
Kernenergie ist äußerste Vorsicht  
geboten. Dieser Angestellte überprüft  
beim Verlassen seines Arbeitsraumes  
seine Kleidung auf Kontamination.  
**Rechts:** Um der Gefahr der Verbreitung  
radioaktiver Partikel zu entgehen,  
müssen Personen, die mit radioaktiven  
Stoffen arbeiten, u. U. Schutz-  
überzüge für die Schuhe anlegen.



## MINIMAX

**liefert alles für den Zivilschutz**

Technische und persönliche Ausrüstungen  
für Brandschutz, Rettung und Laienhilfe

Nebenstehendes Bild zeigt die neue leistungsfähige Kleinmotorspritze TS 05/5 MOTOMAX

**MINIMAX-Aktiengesellschaft, 7417 Urach / Württ.**

**S**eit über 100 Jahren wurde die Schweiz nicht mehr in kriegerische Ereignisse verwickelt. Trotzdem gibt es heute kaum einen anderen Staat auf der Welt, der seine Bevölkerung ähnlich umfassend und technisch perfekt gegen die möglichen Auswirkungen eines Krieges und im besonderen eines atomar geführten Krieges zu schützen versucht. Daraus ist nicht zu schließen, daß die Schweizer die internationale Lage pessimistischer beurteilen als andere, daß sie also eine weltweite atomare Auseinandersetzung für wahrscheinlich halten — was zu verhindern gerade in der Schweiz durch die mannigfaltigen dort untergebrachten internationalen Einrichtungen besonders versucht wird —, sondern dem liegt die bittere Erkenntnis zugrunde, daß eine kriegerische Auseinandersetzung — auch mit atomaren Einsatzmitteln — jederzeit möglich ist.

Das Vorhandensein atomarer Einsatzmittel

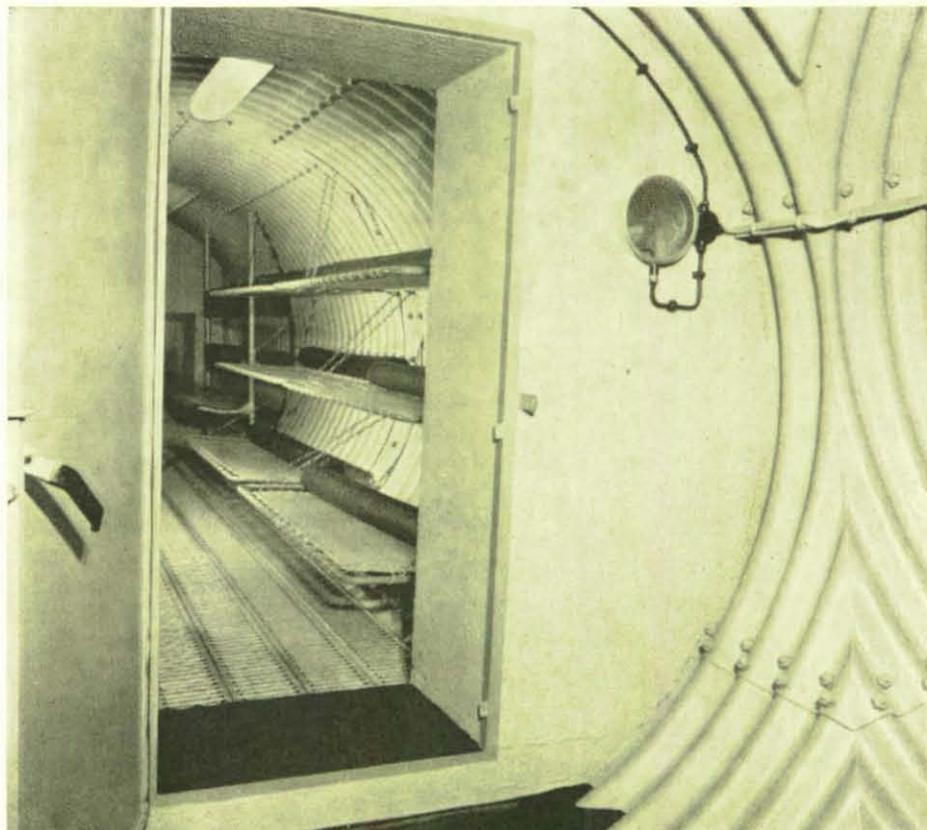


# Der vertikale Fluchtweg

Baulicher Zivilschutz in der Schweiz

praktisch beliebiger Größenordnung und dazu die durch die Raketentechnik ermöglichte ungeheure Schnelligkeit des Einsatzes schlossen von vornherein etliche in früheren Zeiten mit Erfolg praktizierte Möglichkeiten des Schützens der Zivilbevölkerung aus. Es ist eben heutzutage nicht mehr möglich, den zu erwartenden Bedrohungen dadurch zu entgehen, daß sich einzelne oder Gruppen in den Nachbarort, den Wald oder das Gebirge zurückziehen oder daß, auf behördliche Anordnung, ganze Städte oder Landschaften evakuiert werden; denn ob einzeln oder in Massen, geordnet oder von kopfloser Panik getrieben, durch Flucht kann niemand der Bedrohung entgehen; denn diese ist allgegenwärtig, und unterwegs erhöhen sich die Gefahren nur noch, da noch zusätzlich mit der Unbill der Witterung und der Unmöglichkeit von Versorgungsmaßnahmen jeder Art gerechnet werden muß.

**In einem Kriege ist der sicherste Schutz ein in der Nähe des Wohnhauses befindlicher Schutzraum.**



Unter diesem Gesichtspunkt der überall vorhandenen Gefahr und der Unmöglichkeit, ihr durch Flucht zu entinnen — es sei denn, man setzt sich schon heute auf eine einsame Insel im Stillen Ozean ab, was aber selbstverständlich als generelle Lösung auszuschließen ist —, ergibt sich also logischerweise die Folgerung — wie sie auch der militärischen Planung, etwa der NATO, zugrunde liegt —, den Schutz dort zu suchen, wo sich die Menschen üblicherweise aufzuhalten pflegen. Dies bedeutet, daß bei den Wohnungen und bei den Arbeitsstätten Räume geschaffen werden müssen, die in einem gewissen Umfange in der Lage sind, die Menschen gegen die möglichen Auswirkungen konventioneller und atomarer Angriffswaffen zu schützen. Den dort wohnenden und arbeitenden Menschen muß klargemacht werden, daß sie sich einer möglichen Bedrohung auf keine Art und Weise entziehen können, sondern daß sie sich nur durch das Aufsuchen der Schutzräume gegen Auswirkungen schützen können und daß sie nirgends sicherer sind als in eben diesen Schutzräumen. Da aus den angeführten Gründen der horizontale Fluchtweg ausgeschlossen ist, bleibt nur der vertikale Fluchtweg übrig, d. h. der Schutzraum gehört unter die Erde, unter die Wohnungen, unter die Arbeitsstätten. Die Fluchtwege sind dabei extrem kurz. Versorgungsschwierigkeiten kann man durch entsprechende Vorsorge aus-

schließen, die Witterung ist unwesentlich. Nach einem militärischen Einsatz sind diese Schutzräume die organisatorischen Ausgangspunkte aller weiteren Maßnahmen. Daraus geht klar hervor, Schutzräume sind die unabdingbaren Voraussetzungen für alle anderen Zivilschutzmaßnahmen. Diese Erkenntnis, verbunden mit der Tatsache, daß in der Schweiz die Teilnahme an der militärischen Landesverteidigung für jeden Bürger selbstverständliche und gern getane Pflicht ist und daß Zivilschutz und Schutzraumbau in der Schweiz Teile der Landesverteidigung sind, führte nach zahlreichen sehr gründlichen wissenschaftlichen Untersuchungen Ende 1966 zu der Veröffentlichung der „Technischen Weisungen für den privaten Schutzraumbau“, die z. B. von dem Amt des Verteidigungsdepartements in Washington, das sich mit dem Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Auswirkungen nuklearer Waffeneinsätze befaßt, als die besten der Welt bezeichnet wurden. Diesen technischen Weisungen liegt der Versuch zugrunde, möglichst viele Menschen durch optimale bauliche Schutzmaßnahmen und möglichst geringe Kosten in einem Kriegsfall zum Überleben zu verhelfen. Es mußte also ein Kompromiß zwischen der Höhe der aufzuwendenden Mittel und dem Grad des Schutzes gefunden werden. Ohne Schutzräume kämen die Verluste der Zivilbevölkerung in einem so dicht besiedelten Gebiet wie die Schweiz der

völligen Vernichtung nahe. Berechnungen des Leiters des Forschungsinstitutes für militärische Bautechnik, Dr. E. Basler, führten zu dem Ergebnis, daß die Überlebenschancen der Bevölkerung unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte bei einem Schutzzumfang von 0,75 bis 3,0 atü bei 70—90% liegen würden. Einen absoluten Schutz gegen Atombomben gibt es nicht, es gibt ihn noch nicht einmal gegen herkömmliche Sprengbomben. Dies wird deutlich, wenn man bedenkt, daß als Volltrefferschutz gegen eine 1000-kg-Sprengbombe herkömmlicher Art eine Wand- und Deckenstärke von mindestens 3 Metern Stahlbeton erforderlich ist.

Deshalb wurde festgelegt, daß die Druckresistenz aller in der Schweiz zu bauenden Schutzräume mindestens 1 atü zu betragen hat. In gewissen Fällen kann sie auf 3 atü gesteigert werden. Außer dem damit festgelegten Schutzzumfang gegen die Wirkung des Luftüberdrucks müssen die Schutzräume Schutz gewähren gegen radioaktive Anfangsstrahlungen, radioaktive Rückstandsstrahlungen, die Wirkung konventioneller Sprengkörper außerhalb deren unmittelbarem Wirkungsbereich, gegen Brandwaffen und Brandeinwirkungen, Einsturz- und Trümmerwirkungen von Gebäuden sowie gegen biologische Kampfmittel und chemische Kampfstoffe.

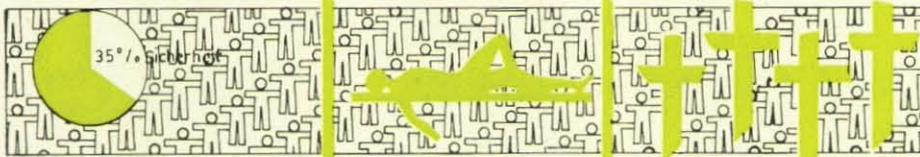
Schutzräume, die diesen Vorschriften entsprechen, werden in der Schweiz mit einem Durchschnittspreis von ca. 450 Fr. pro Schutzplatz errichtet. Die Aufwendungen für den Schutzraum dürfen danach höchstens 5% der Gesamtbausumme ohne Baulandbeschaffung betragen. Anders ausgedrückt: bei einer zugrunde gelegten mittleren Lebensdauer eines Bauwerks von 30 Jahren entspricht dies einem jährlichen Lebensversicherungsbeitrag von 15 Fr. oder 12,— DM. Sollte man sich diesen „Luxus“ nicht auch bei uns leisten können?

Friedrich Martin

Unter den zahlreichen Veröffentlichungen zu allen Themen des Zivilschutzes in der Schweiz sticht eine der jüngsten eidgenössischen Publikationen besonders hervor. Es ist die März-Ausgabe 1968 der SCHWEIZER INDUSTRIE- UND VERKEHRSREVUE, die ausschließlich dem Thema „Baulicher Zivilschutz“ gewidmet ist. Auf der Grundlage der „Technischen Weisungen für den privaten Schutzraumbau“ (TWP 1966) beleuchten die Autoren den Schutzraumbau in der Schweiz von den verschiedensten Aspekten.

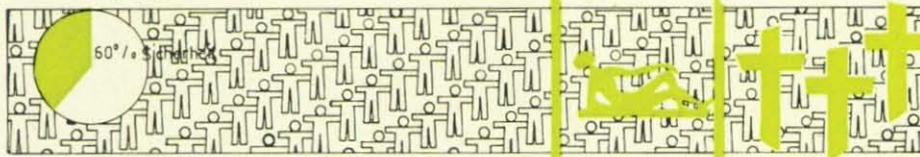
Ohne Warnung (ungeschützt)

30% Verletzte = 39'000 Verletzte  
35% Tote = 45'500 Tote



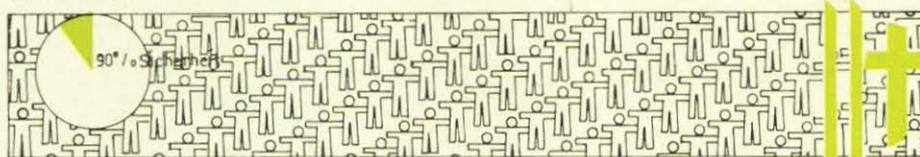
Mit Warnung (ungeschützt)

17% Verletzte = 22'000 Verletzte  
23% Tote = 30'000 Tote



Im Schutzraum

2% Verletzte = 2'600 Verletzte  
8% Tote = 10'400 Tote



(Beispiel aus Zivilverteidigungsbuch.)

# Gut vorgesorgt

## Ein Betrieb hilft sich selbst

betätigt, den Posten des Betriebs-selbstschutzleiters übernommen. Es war bei dieser Persönlichkeit zu erwarten, daß er sich dem Aufbau des Betriebs-selbstschutzes mit besonderer Energie widmen würde.

Mit Unterstützung der Firmenleitung wurde der Selbstschutz in vorbildlicher Weise organisiert und auf eine gute und zweckmäßige Ausrüstung besonderer Wert gelegt. Folgende Geräte sind vorhanden:

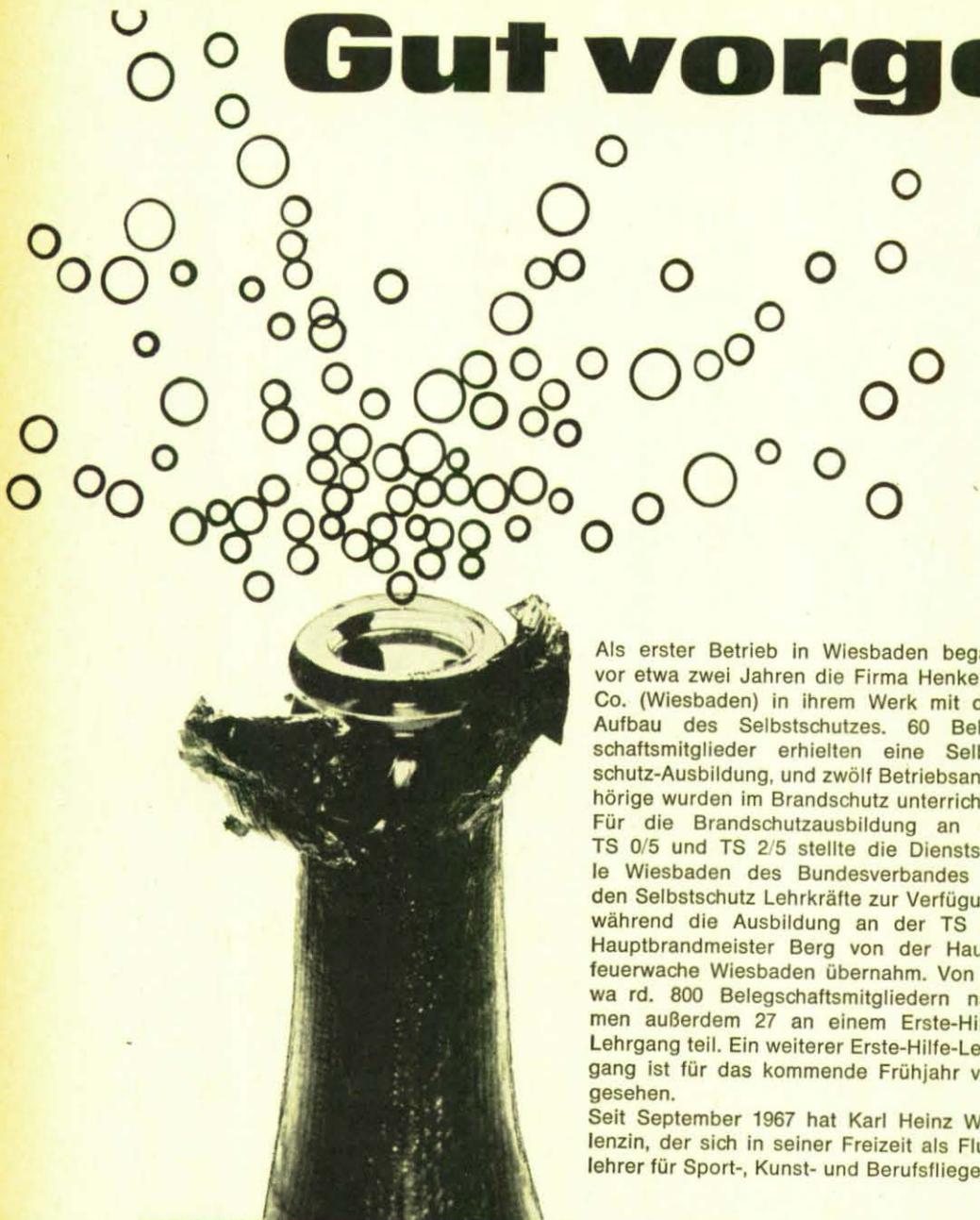
1 TS 8/8, 1 TS 0/5, 2 Löschwasserbeken für je 100 000 l, 240 Handfeuerlöscher, 15 Wandschränke für Erste Hilfe, 15 Decken, 15 Tragen, ca. 80 Erste Hilfe-Kästen, 1 Preßluftbeatmer und 3 Sauerstoffgeräte. Außerdem befindet sich auf dem etwa 25 ha großen Werksgelände, von dem etwa 1/3 bebaut ist, eine große Anzahl von Unterflurhydranten.

Die TS 8/8 und die TS 0/5 sind in einer Garage, etwa 40 m von dem Versandgebäude entfernt, untergebracht. Vor der Garage befindet sich ein Haltverbotsschild, damit die Ausfahrt für den Fall eines Einsatzes jederzeit frei ist. Die Unterbringung der Motorspritzen erfolgte an diesem Platz, weil die Brandbelastung des Versandgebäudes durch die großen Mengen Verpackungsmaterial besonders hoch ist. Außerdem befindet sich in unmittelbarer Nähe des Versandgebäudes eines der beiden Löschwasserbeken.

Neben jedem der 15 Verbandmittelschränke hängt eine Trage mit eingebundener Decke. Der Schlüssel zum jeweiligen Wandschrank befindet sich in einem Glaskästchen, so daß im Notfall jeder an die Verbandmittel heran kann, eine mißbräuchliche Benutzung jedoch vermieden wird. Die Selbstschutzkräfte der Firma (Rettung, Brandschutz und Laienhilfe) sind nach dem Vorbild der Selbstschutzzüge eingekleidet.

Alle vier Wochen findet ein Probealarm für die Selbstschutzkräfte statt. Bei einer kürzlich durchgeführten Übung dauerte es bis zum Kommando „Wasser marsch“ genau 140 Sekunden. Die meisten Angehörigen der Brandschutzgruppe sind Küfer, die ihren Arbeitsplatz in den 95 Stufen unter dem Hauptgebäude liegenden Kellereien haben. Daß die Kellereien ausgezeichnete

**Das im Februar 1945 durch Luftangriffe stark beschädigte Hauptgebäude wurde in den Nachkriegsjahren originalgetreu wiederhergestellt. Unter der mittleren Treppe befindet sich der Zugang zu den Kellereien.**



Als erster Betrieb in Wiesbaden begann vor etwa zwei Jahren die Firma Henkell & Co. (Wiesbaden) in ihrem Werk mit dem Aufbau des Selbstschutzes. 60 Belegschaftsmitglieder erhielten eine Selbstschutz-Ausbildung, und zwölf Betriebsangehörige wurden im Brandschutz unterrichtet. Für die Brandschutzausbildung an der TS 0/5 und TS 2/5 stellte die Dienststelle Wiesbaden des Bundesverbandes für den Selbstschutz Lehrkräfte zur Verfügung, während die Ausbildung an der TS 8/8 Hauptbrandmeister Berg von der Hauptfeuerwache Wiesbaden übernahm. Von etwa rd. 800 Belegschaftsmitgliedern nahmen außerdem 27 an einem Erste-Hilfe-Lehrgang teil. Ein weiterer Erste-Hilfe-Lehrgang ist für das kommende Frühjahr vorgesehen.

Seit September 1967 hat Karl Heinz Wolenzin, der sich in seiner Freizeit als Fluglehrer für Sport-, Kunst- und Berufsflygerie

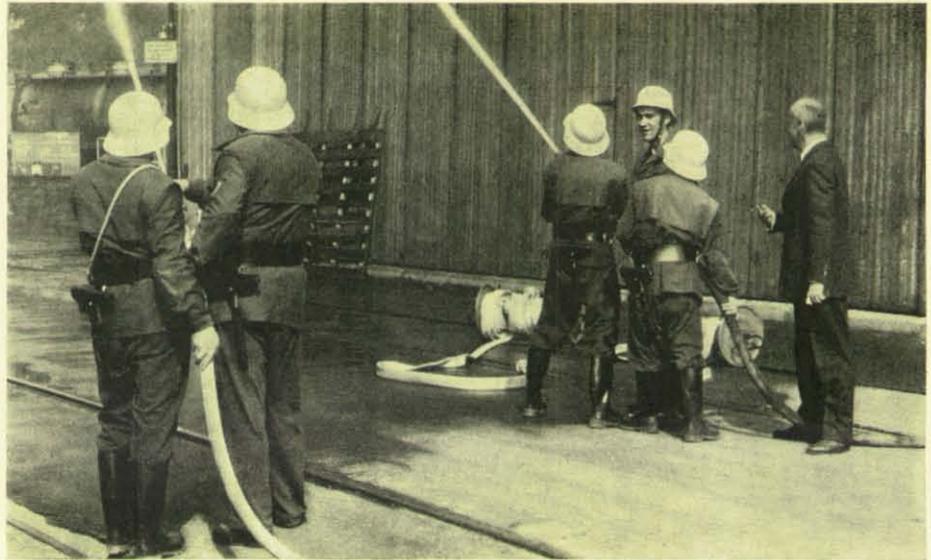


Schutzräume abgeben könnten, versteht sich von selbst. Zur Zeit erfolgt die Alarmierung telefonisch oder durch das Schlagen an hohle Metallkörper. Der Einbau einer elektrischen Warnanlage für die Kellei ist jedoch vorgesehen.

Die Beatmungsgeräte werden vorsorglich bei jeder Reinigung der bis zu 250 000 l fassenden Fässer bereitgelegt, obwohl die Männer bei diesen Arbeiten, den Sicherheitsbestimmungen entsprechend, angeleint sind. Die Benutzung der Sauerstoffgeräte war jedoch noch nicht erforderlich.

Abgesehen von den monatlichen Übungen der Löschgruppe läuft die TS 8/8 jede Woche einmal 1/2 Stunde zur Probe. Als dies Ende Juli nach einem wolkenbruchartigen Regen wieder einmal geschah, wurde Betriebselbstschutzleiter Wollenzin alarmiert: In die Sicherheitsgrube für den ca. 240 000 l fassenden Ölbehälter war eine größere Menge an Regenwasser eingedrungen, das schnellstens entfernt werden mußte. Hier konnte nun die TS 8/8 das erste Mal eingesetzt werden. An einem Gabelstapler angehängt, wurde sie zu der Sicherheitsgrube gefahren, und innerhalb kürzester Frist war das Wasser abgesaugt. Wäre keine Kraftspritze vorhanden gewesen, hätte man wahrscheinlich fremde Hilfe in Anspruch nehmen müssen.

Der Aufbau des Betriebselbstschutzes bei der Firma Henkell kann als vorbildlich gelten und wäre nicht möglich gewesen, wenn



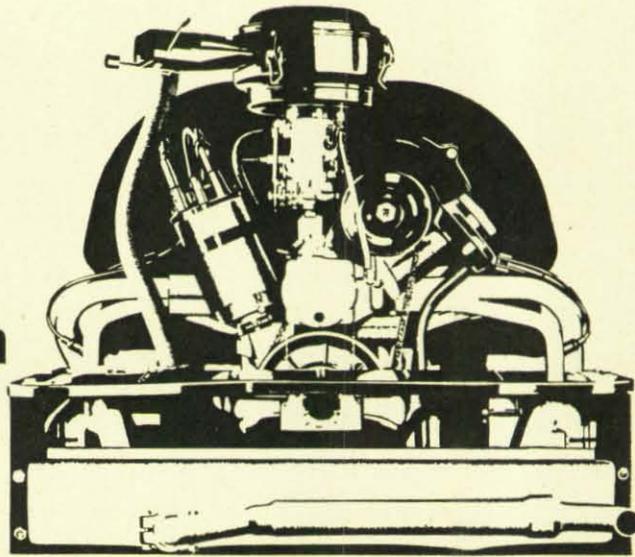
**Otto Henkell (in Zivil),  
persönlich haftender und geschäftsführender Gesellschafter,  
als interessierter Beobachter  
bei einer Brandschutzübung.**

sich die Betriebsleitung nicht so weitblickend für die Ausbildung und Ausrüstung des Selbstschutzes eingesetzt hätte. Wie Herr Direktor Reisener in einem Artikel für

die Wiesbadener Presse schrieb, „ist für den Notfall damit in jeder Hinsicht Vorsorge getragen und bei den ausgedehnten Werksanlagen für die erforderliche Sicherheit und den Schutz von Menschen und Betrieb gesorgt“.

Abschließend sei noch berichtet, daß die Firma Henkell der Dienststelle Wiesbaden des Bundesverbandes für den Selbstschutz ihre alte TS 8/8 für Demonstrationszwecke geschenkt hat. I. H.

**VW Industriemotoren  
1200ccm/1600ccm  
für alle  
Antriebszwecke**



**Industrie-Motor**

# SCHWACHER ZIVILSCHUTZ GEFÄHRDET DIE FREIHEIT

Von Herbert Alboth, Bern

In Interlaken wurde vom 27. Mai bis 1. Juni unter dem Patronat des Bundesamtes für Zivilschutz des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, organisiert vom Fachverband für Strahlenschutz, ein Symposium über den Strahlenschutz der Bevölkerung bei einer Nuklearkatastrophe durchgeführt, an dem aus 23 Ländern 230 Teilnehmer zu ernsthafter Arbeit versammelt waren.

Von den 63 Teilnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland stellten sich folgende Herren als Referenten zur Verfügung: Dr. Otfried Messerschmidt vom Radiologischen Institut der Universität Freiburg, Facharzt für Röntgenologie und Strahlenheilkunde, Oberfeldarzt der Deutschen Bundeswehr

und Verfasser von „Auswirkungen atomarer Explosionen auf den Menschen“; Dr. Rupprecht Maushart, Leiter des Geschäftsbereiches Strahlenschutzmeßgeräte beim Laboratorium Prof. Dr. Berthold in Wildbad und früherer Leiter des Strahlenmeßdienstes des Kernforschungszentrums Karlsruhe; Dr. Hans Kiefer, Leiter der Schule für Kerntechnik in Karlsruhe; Prof. Dr. h. c. Hanns Langendorff, Direktor des Radiologischen Instituts der Universität Freiburg im Breisgau, Vorsitzender des Ausschusses Strahlenschäden in der Kommission zum Schutze der deutschen Zivilbevölkerung; Dr. Wolfgang Jacobi, Leiter der Abteilung Strahlenphysik beim Hahn-Meitner-Institut für Kern-

forschung in Berlin, Vizepräsident des Fachverbandes für Strahlenschutz, Mitglied der Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern; Dr. Herbert Jacobs, Leiter des Sachgebietes Chemie der Zentralabteilung Strahlenschutz der Kernforschungsanlage in Jülich.

Zusammen mit den Physikern, Chemikern, Biologen, Technikern und Repräsentanten des praktischen Zivil- und Strahlenschutzes haben auch die Wissenschaftler aus der Bundesrepublik ihren guten Teil dazu beigetragen, daß dem Symposium mit hervorragenden Resultaten in den sieben Arbeitsgruppen ein so großer Erfolg beschieden war.

## AUS DER NÄHE BESEHEN...



**Aus der Nähe besehen ...  
... könnte unser Ratefoto  
diesmal ein abstraktes  
Kunstwerk darstellen.  
An geometrischen Gebilden  
brechen sich Lichtstrahlen  
aus verschiedenen  
Richtungen, helle und  
dunkle Reflexe „beleben“  
plötzlich die tote Materie.  
Hinweis für den  
Ratefreund: Die Künstler  
arbeiten mit Metall!  
Die Lösung ist einfach,  
wenn man sich den  
höchsten Pfeiler noch  
einmal genau ansieht.  
Die Lösung finden Sie  
auf Seite III.**

## Der Evakuierungsplan

Die Anschläge mit Informationen über die Evakuierungspläne an schwedischen Mietshäusern, die seit Anfang der sechziger Jahre in den Evakuierungsorten angebracht wurden, werden verschwinden. In Zukunft werden diese Informationen in den amtlichen Fernsprechtischen erscheinen. Frau Ingrid Bohmann, erste Amtsinspektorin im schwedischen Reichsamt für Zivilverteidigung, gibt in einem Beitrag in der schwedischen Zivilschutzzeitschrift nähere Informationen über dieses Thema.

Die Durchführung von Evakuierungsmaßnahmen beruht zum großen Teil auf der Initiative des einzelnen und auf seinem Willen und seiner Fähigkeit, sich selbst und anderen zu helfen. Durch die Mitwirkung der Behörden sollen die Maßnahmen zur Selbsthilfe der einzelnen Menschen unterstützt und koordiniert werden; und diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, sollen betreut werden.

Grundlegende Voraussetzung für die Durchführung von Evakuierung und Einquartierung ist, daß die Bevölkerung die Pläne in bestimmten Umfang kennt.

Seit Anfang der sechziger Jahre wurde die Bevölkerung durch Anschläge an den Gebäuden über die Evakuierungspläne informiert. Man war der Meinung, daß die Anschläge ein wirkungsvolles Informationsmittel darstellten. Es zeigte sich jedoch eine Reihe von Nachteilen: die Anschläge gingen

Der Berichterstatter hatte Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem wohl prominentesten Teilnehmer der Fachtagung, Professor Dr. Eugen P. Wigner, Nobelpreisträger für Physik 1963 und Nachfolger von Albert Einstein an der Universität Princeton. Auf die Frage nach dem praktischen Strahlenschutz in den USA sagte der Nobelpreisträger, daß leider in den Vereinigten Staaten trotz hervorragender Forschungsarbeit wenig getan werde, um diese Lücke im Bereich der zivilen Verteidigung zu schließen. Diese Schwäche der mangelnden Vorkehrung auf dem Gebiete des Strahlenschutzes sei nicht nur eine Gefahr für die Amerikaner selbst, sondern für die Freiheit der ganzen Welt. In diesem Zusammenhang erinnerte Professor Wigner an die großen Anstrengungen, die heute in der Sowjetunion unternommen werden, um den Strahlenschutz stark auszubauen.

Die Teilnehmer des Symposiums, dem in der Schweiz auch Presse, Radio und Fernsehen die notwendige Beachtung schenkten, erhielten Gelegenheit, sich über den Stand des Zivilschutzes und dessen Organisation in einer Gemeinde zu orientieren. Unter der großen Aula des neuen Sekundarschulhauses, dem Tagungsgebäude, befanden sich auch moderne Schutzräume, die im Rahmen der gesetzlichen Pflicht für den Einbau von Schutzräumen in Neu- und Umbauten erstellt werden mußten. Dank dieser gesetzlichen Maßnahme, die seit 1950 Gültigkeit hat, besitzt die Schweiz heute für 2,7 Millionen Menschen gute Schutzräume.

Es wird sich nach Auswertung der durch die Teilnehmer des Symposiums in sieben Arbeitsgruppen erarbeiteten Ergebnisse Gelegenheit bieten, auf die Fachtagung von Interlaken zurückzukommen, die weltweites Interesse fand und im Dienste der Menschheit stand. Von besonderem Interesse waren auch die Diskussionen zu den einzelnen Punkten. Japan war zum Beispiel durch eine Reihe von Wissenschaftlern vertreten, die auch über die chinesischen Atombombenversuche sprachen und Angaben über die Auswirkungen und den Fallout in Japan machen konnten.

## eht im Telefonbuch

verloren und mußten ersetzt werden; neue Wohngebiete kamen hinzu, in diesem Falle mußten die Evakuierungspläne geändert werden, ebenfalls die Anschläge. Die Kontrolle und der Austausch der Gebäudeanschläge war eine zeitraubende und mühevoll-prozedur.

Der Übergang auf die neue Evakuierungs- und Einquartierungsplanung schien die geeignete Gelegenheit zu sein, eine neue Methode zur Veröffentlichung der Pläne zu erproben. Man fügte die Pläne in das amtliche Fernsprechbuch ein. Davon verspricht man sich wesentliche Vorteile:

Jeder Fernsprechteilnehmer besitzt ein eigenes Telefonbuch, daher kann man sich in Ruhe mit dem Evakuierungsplan befassen. Der jährliche Neudruck des amtlichen Fernsprechbuches gibt die Möglichkeit, die notwendigen Änderungen in der Planung immer wieder im Fernsprechbuch zu berücksichtigen.

Der Evakuierungsplan besteht aus Lageskizze und Textvorschriften. Man ist bestrebt gewesen, eine möglichst einheitliche Ausführung zu erreichen. Lediglich für die ausgedehnten Evakuierungsgebiete von Stockholm und Göteborg ist eine abweichende Art der Darstellung gewählt worden.

Aus dem Text der Einleitung: „Die Zivilverteidigung plant Maßnahmen, um die Zivilbevölkerung gegen feindliche Angriffe zu schützen. Als eine Bereitschaftsmaßnahme ist daher ein Evakuierungsplan für X-stadt aufgestellt worden.“ Weiter heißt es: „Wenn die Evakuierung dieses Ortes beschlossen werden sollte, gelten die folgenden Vorschriften.“ Im Zusammenhang mit jeder Information muß betont werden, daß durch eine umfangreiche Evakuierungsplanung notwendigerweise noch keine umfangreichen Evakuierungen eingeleitet werden, sondern alle Maßnahmen durch besondere Erlasse durchgeführt werden.

Die Evakuierungspläne wurden im amtlichen Fernsprechbuch von 1968 zum erstenmal auf diese Weis veröffentlicht.

P 399a - 468



### Sofort und überall einsatzbereit. UKW-Handfunksprechgerät FuG 6b

FuG 6b hat sich bereits bei Sicherheitsbehörden Verdienste erworben.

Es ist:

Leistungsfähig

40 Kanäle — 2-m-Bereich (im Unter- oder Oberband — 250 mW Sendeleistung — 20-Stundenbetrieb durch Ni/Cd-Batterie.

Sicher

Volltransistorisiert; schlagfestes Kunststoffgehäuse; schwallwasserdicht.

Leicht

1,45 kg mit Batterie; Tragegurt; einfache Handhabung; servicefreundlich.

Überall, wo Sicherheit der Menschen von Schnelligkeit der Kommunikation abhängt, kann man dem Gerät mit Sicherheit vertrauen.

Fordern Sie unter Nr.289 Informationsmaterial an.

Standard Elektrik Lorenz AG

Geschäftsbereich Weitverkehr und Navigation

7 Stuttgart-Zuffenhausen,

Hellmuth-Hirth-Straße 42

Telefon:\*\* (0711) 82 11 Telex: 722861

Im weltweiten **ITT** Firmenverband



# Für das JA zum Selbstschutz

## Die Aufklärungsarbeit des Österreichischen Zivilschutzverbands

Von Maximilian Kraus, Landesschulungsreferent von Oberösterreich

Die Aufgabe des Zivilschutzes in Österreich besteht darin, im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung die gesamte Bevölkerung vor allen Gefahren zu schützen, d. h. vor Gefahren, die der Alltag mit sich bringt, die durch Naturereignisse entstehen oder die durch kriegerische Auseinandersetzungen — trotz der Neutralität des Staates — ausgelöst werden können.

Es gibt außer einer militärischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen auch eine zivile Landesverteidigung. Innerhalb dieser hat der Österreichische Zivilschutzverband — auf Vereinsbasis aufgestellt — entsprechend seinem Grundkonzept die Aufgabe, die Bevölkerung über den Zivilschutz aufzuklären, zu schulen sowie den Selbstschutz der Bevölkerung aufzubauen.

Dieser Artikel befaßt sich mit der Aufgabe der Aufklärungstätigkeit. Welche Möglichkeiten sind dem Verband gegeben, und wie kann er sie am besten für sich nutzen?

Wir unterscheiden drei verschiedene Möglichkeiten:

Aufklärung durch Vorträge

Aufklärung durch Ausstellungen

Aufklärung durch Presse, Rundfunk und Fernsehen.

zur Aufklärung eingesetzt. Die Vorträge, die meist in Gasthofsälen gehalten werden, dauern etwa zwei Stunden. Den Besuchern wird in konzentrierter Form eine Aufklärung über den Zweck des Zivilschutzgesetzes gegeben mit dem Ziel, zunächst nur das „Ja“ zum Zivilschutz zu erreichen. Am Schluß eines jeden Vortrages erhalten die Besucher einige Merkblätter und Broschüren über den Zivilschutz.

Das Interesse der Bevölkerung an diesen Vorträgen ist recht beträchtlich — wobei interessant ist zu bemerken, daß die ländliche Bevölkerung ein größeres Interesse zeigt als die städtische Bevölkerung.

**Durch Vorträge, Ausstellungen sowie Presse, Rundfunk und Fernsehen unterrichtet der Österreichische Zivilschutzverband die Bevölkerung über die Notwendigkeit des Selbstschutzes. Links: Zivilschutzausstellung in Freistadt. Unten: Fahrbare Ausstellung vor dem Parlament in Wien. Rechts: Fahrbare Schule des Landesverbandes Oberösterreich mit Strahlenspieler.**



### Aufklärung durch Vorträge

Die zentrale Steuerung erfolgt in großen Zügen durch den Bundesverband. Weitere Detail-Ausarbeitungen liegen bei den einzelnen Landesverbänden der insgesamt neun Bundesländer. Hierzu sei bemerkt, daß das bisher erreichte Niveau verständlicherweise von Land zu Land unterschiedlich ist, da einschlägige Gesetze fehlen und alles auf freiwilliger Basis erfolgt.

Zur Durchführung der Vorträge besitzt jeder Landesverband eine fahrbare Schule. Es handelt sich hier um einen VW-Bus, der mit einem Vortragenden und einem Fahrer besetzt ist. Das Fahrzeug ist mit Filmapparaturen, einschlägigen Filmen, Wandtafeln, Meßgeräten und dergleichen ausgerüstet. Diese fahrbaren Schulen werden durch den jeweiligen Landesverband nach einem bestimmten Plan



## Ausstellungswesen

Die größte Wirkung erreicht der Verband durch die verschiedenen Zivilschutzausstellungen.

So verfügt er über eine Bundeszivilschutzausstellung, die an Hand von ca. 40 Wandtafeln, Modellen und Geräten einen umfassenden Überblick über den gesamten Zivilschutz gibt, mit dem Zivilschutz im Frieden, dem Schutz der Landwirtschaft, der Bevorratung, dem baulichen Zivilschutz, Brand- und Katastrophenschutz sowie dem Schutz bei atomaren Gefahren. Ergänzend hierzu haben vorerst zwei Bundesländer eigene Ausstellungen, die sie in eigener Regie einsetzen.

Der Einsatz der Bundesausstellung erfolgt im Rahmen der sogenannten Zivilschutzwochen vor allem in größeren Städten. Die ZB Nr. 1/68 berichtete ausführlich über eine solche Ausstellung in Ried in Oberösterreich.

Während einer Ausstellung werden Vorträge vor verschiedenen Körperschaften, der Lehrerschaft, amtlichen Institutionen usw. gehalten; in einem Nebenraum werden als Nonstop-Programm einschlägige Zivilschutzfilme gezeigt.

Als Zeitpunkt für die Abhaltung solcher Zivilschutzwochen hat sich die Koppelung der Ausstellung mit anderen Ausstellungen bzw. Messen als sehr zweckmäßig erwiesen, da hierdurch eine größere Besucherzahl garantiert wird.

## Presse und Rundfunk

Eine ganz besondere Unterstützung erfährt die Aufklärungstätigkeit durch Presse und Rundfunk. Laufend werden Artikel in der Tages-, Wochen- und Fachpresse gebracht.

Gelegentliche Rundfunkdiskussionen, vor allem in den Landesstudios, anlässlich kultureller Ereignisse, ergänzen die Aufklärungsarbeit.

Die geschilderten Aufklärungstätigkeiten werden von einer geringen Anzahl von Verbandsfunktionären, die entweder hauptamtliche (2-3 Personen je Bundesland) oder ehrenamtliche Mitarbeiter sind, durchgeführt.



Im Nachfolgenden mögen einige konkrete Zahlen eine Vorstellung von der Leistung auf dem Gebiete der Aufklärung seit Bestehen des Verbandes in Oberösterreich (ca. 5 Jahre) geben.

In dieser Zeit wurden ca. 550 Aufklärungsvorträge gehalten bei einer Durchschnittsteilnehmerzahl von 50-70 Personen; dazu kommen 7 Ausstellungen mit rund 120 000 Besuchern. Zum Verständnis dieser Zahlen sei angeführt, daß das Bundesland Oberösterreich 1 250 000 Einwohner hat.

Bedingt durch diese kombinierte Aufklärungstätigkeit, die durch eine Postwurfsendung des Bundesministeriums für Inneres in Form einer Aufklärungsbroschüre unterstützt wurde, darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß der Begriff „Zivilschutz“ in der Öffentlichkeit kein Fremdwort mehr ist.

## Automatisch Licht bei Netzausfall!

Das ist die beste Sicherung gegen Panik- und Unfallgefahren in Betrieben, Büro- und Warenhäusern, Saalbauten, Behörden und Schulen. Notbeleuchtung für 3 Stunden sichern automatisch

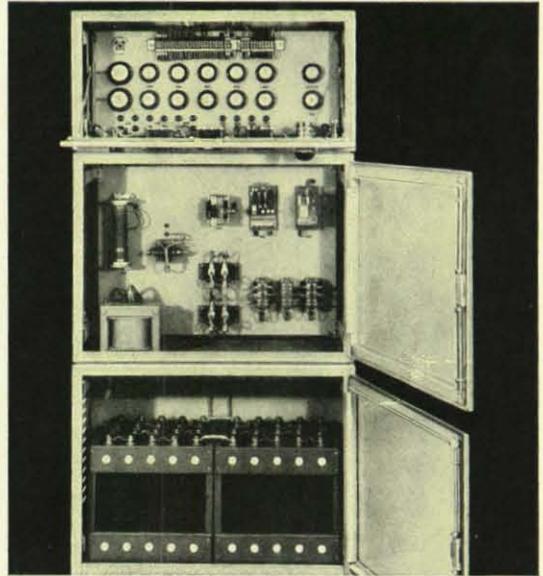
# FRIWO

## Schaltanlagen für Sicherheitsbeleuchtung

### mit Zentralbatterie nach VDE 0108

aus betriebssicheren und wartungsarmen Nickel-Cadmium-Akkumulatoren eigener Fertigung -400 Ah, mit selbsttätiger Umschalt- und Ladeeinrichtung für relaisgesteuerte Wiederaufladung in max. 10 Stunden, für mehrere Stromkreise, wahlweise für Not- oder Panikbeleuchtung, auch kombiniert.

Nickel-Cadmium-Akkumulatoren beweisen seit Jahrzehnten ihre Zuverlässigkeit in Millionen FRIWO-Grubenlampen. Was sich im Bergbau der ganzen Welt Tag für Tag bewährt, ist gut!



**FRIEMANN & WOLF GMBH**  
**41 DUISBURG**



Fernruf (021 31) 3 14 51

Fernschreiber 0 855 543

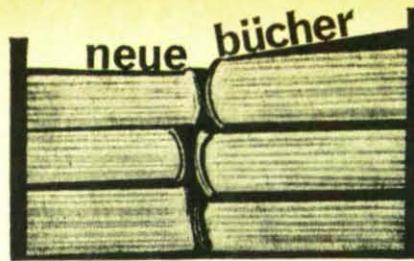
Akkumulatoren · Sicherheitsleuchten · Grubenleuchten

## Strahlenschutzpraxis

### Teil III, Umgang mit Strahlern

Von Dr. Martin Oberhofer, 296 Seiten, 116 Abbildungen, 9 Tabellen, Format 11 x 17,5 cm, kartoniert-cellophanisiert, DM 19,80. Verlag Karl Thiemig KG, 8 München 90, Postfach 900 740

Band 14 der Thiemig-Taschenbücher ist in erster Linie für Laboranten, technische Assistenten und Fachschultechniker gedacht, die in atom- und kerntechnischen Betrieben, kernphysikalischen, radiochemischen und nuklearmedizinischen Laboratorien, an Röntgenprüf- und Bestrahlungsanlagen sowie an Beschleunigern beschäftigt sind. Über diesen Personenkreis hinaus soll der Band aber auch dem Ingenieur und Wissenschaftler ein praktischer Ratgeber in Strahlenschutzfragen sein. Das Buch wird nicht zu Unrecht als der „Knigge für den Umgang mit Strahlern“ bezeichnet. Dabei schlägt der Verfasser auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen einen neuen Weg ein: Er schult den Arbeitenden für den Umgang mit Strahlern so, daß er ein Gefühl für die Gefahr bekommt, aus dem heraus er auch ohne Kenntnis stumpfsinniger Vorschriften sich sicher im Strahlenfeld bewegen und offene Strahler handhaben kann.



## Vorbeugender Brandschutz

Eine praktische Einführung mit Anwendungsbeispielen. Heft 25 der Roten Hefte. Von Oberbranddirektor a. D. Dr. Ing. Rudolf Gelbert und Oberbrandrat Dipl.-Ing. Dieter Karlsch. 68 Seiten, DM 2,—. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

Dieses kleine Heft wendet sich in erster Linie an die Feuerwehren. Bei der Begutachtung von Baugesuchen in brandschutztechnischer Hinsicht hat es sich nämlich als zweckmäßig erwiesen, für bestimmte immer wiederkehrende Forderungen möglichst die gleichen Texte zu wählen. Eine Auswahl der wichtigsten Formulierungen wird in der vorliegenden Schrift den Sachbearbeitern der Feuerwehren und den Brandverhütungsingenieuren zur Kenntnis gebracht. Das Heft befaßt sich mit Begriffserläuterungen, Aufgaben und gesetzlichen Grundlagen des vorbeugenden Brandschutzes sowie mit den wichtigsten praktischen Maßnahmen.

Betriebsleiter, Architekten, Bauherren sowie die mit dem Unfall- und Brandschutz befaßten Dienststellen finden in dem Heft manch nützlichen Hinweis.

## Abkürzungslexikon

Von Paul Spillner, Ullstein-Buch Nr. 2603/2604. Verlag Ullstein GmbH, Frankfurt/M.—Berlin. Preis: DM 4,80

Auch Abkürzungen sind zu einem Teil unserer Sprache geworden. Eine Sprache aber will verstanden sein. Doch wer von uns hätte nicht schon einmal Schwierigkeiten mit der Deutung oder auch mit der richtigen Schreibweise von Abkürzungen gehabt? Paul Spillner, der Verfasser dieses Buches, der als Sprachmittler und Terminologe arbeitet, hat sich zum Spezialisten für Abkürzungen herangebildet. In dem vorliegenden Werk stellt er etwa 35 000 Abkürzungen vor, zu denen solche aus dem Deutschen wie auch aus dem Englischen, Französischen, Italienischen und Lateinischen zählen, jedenfalls soweit sie als international gebräuchliche Abkürzungen im deutschen Sprachgebiet verwendet werden. Darüber hinaus wird in diesem Werk mit den im alphabetischen Wörterverzeichnis empfohlenen Grundlagen eine verbindliche Rechtschreibung der Abkürzungen geschaffen.

# Flugplatz in acht Minuten nebelfrei

Zum ersten Mal gelang es jetzt in den Vereinigten Staaten, mit Hilfe eines neuen Verfahrens den die Luftfahrt oft völlig lahmlegenden warmen Bodennebel wirkungsvoll zu bekämpfen. Durch den Einsatz chemischer Nebelbekämpfungsmittel wurde ein Flugfeld in acht Minuten völlig vom Nebel befreit: die Maschinen konnten wieder unbehindert starten und landen.

Der erfolgreiche Versuch auf dem Flughafen von Sacramento, Kalifornien, war die Krönung 25jähriger Forschungsbemühungen amerikanischer Experten. Die zivile Luftfahrt kann aufatmen: neben unangenehmen Wartezeiten für die Reisenden brachte der Nebel allein in den USA für die Fluggesellschaften alljährlich einen Verlust von 7,5 Millionen Dollar.

Der Schlüssel für den Durchbruch von Sacramento war die „Besäung“ des Nebels mit einer Reihe neuer Chemikalien statt wie herkömmlich mit Trockeneis oder Silberjodid-Kristallen. Die verwendeten Chemikalien werden vorläufig noch geheimgehalten. Sie verursachen ein Zusammenfließen der in der Luft suspendierten Wassertröpfchen, aus denen sich der Nebel zusammensetzt, zu größeren Tropfen, die als sehr feiner Nieselregen ausfallen.

Wissenschaftler sprechen von einem be-

deutenden Fortschritt auf dem Gebiet der Wetterbeeinflussung. Dem sehr einfachen Verfahren kommt deshalb so große Bedeutung zu, weil es sowohl vom Boden als auch aus der Luft angewandt werden kann und die zur Nebelbekämpfung verwandten Chemikalien billig sind.

Sämtliche 27 Experimente, die in der „Nebelsaison“ vom 15. November 1967 bis zum 3. März 1968 auf dem kalifornischen Flugplatz durchgeführt wurden, waren erfolgreich, d. h. der Kontrollturm konnte die Start- oder Landesperre aufheben.

Das Versuchsprogramm, dessen Kosten sich auf 100 000 Dollar beliefen, wurde von den 30 in der „Air Transport Association of America“ (ATA) zusammengeschlossenen zivilen Luftfahrtgesellschaften finanziert. Die Durchführung wurde einer privaten Firma übertragen, der „World Weather Inc.“, die sich bisher mit der Beeinflussung des Wetters für die Landwirtschaft befaßt hatte.

Bisher konnte man nur kalte Nebel mit Trockeneis wirksam bekämpfen. Diese Technik ist seit fünf Jahren bekannt und wird heute auf etwa einem Dutzend amerikanischer Flughäfen ständig angewandt.

Das Bemerkenswerte an den neuen Chemikalien sei — so erläuterte der Vertreter der

ATA — ihre Fähigkeit, sowohl warme als auch kalte Nebel aufzulösen. Außerdem stellen sie kein zusätzliches Verschmutzungsproblem dar. Die Rückstände in der Luft und auf dem Boden sind so gering, daß sie nicht ins Gewicht fallen: sie sind gänzlich ungefährlich für Menschen, Tiere und Pflanzen und verursachen keine Korrosionsschäden an Flugzeugen.

Die Chemikalien wurden von einem zweimotorigen Flugzeug aus bzw. durch ein propellergetriebenes Bodengerät zerstäubt. Wie Luftaufnahmen deutlich beweisen, löste sich schon wenige Minuten nach Einsatz der Chemikalien der Nebel über dem Fluggelände auf: die Bilder zeigen ein riesiges „Loch“ in dem von dichtem Nebel verhangenen San-Fernando-Tal. Kontrollturm und Landebahnen sind deutlich zu erkennen.

Wie ein Vertreter der ATA erklärte, bewährte sich die Partikelbesäung aus der Luft am besten. Dennoch gehört die Zukunft der Nebelbekämpfung den Bodengeräten, da sie weniger Kosten verursachen und gefährliche Flüge bei geringer Sichtweite überflüssig machen. Neue Versuche sollen noch in diesem Jahr auf den Flugplätzen Hyannisport, Massachusetts und Nantucket Island beginnen. Beide liegen an der Nordküste der Vereinigten Staaten. Dabei sollen die Chemikalien in pulverisierter und flüssiger Form durch ein etwa 60 m langes Plastikrohr mit Hilfe eines Propellers in die Luft geblasen werden. AD

# „Hilf rasch und richtig!“



## Großaktion Unfallhilfe 1968 in Hessen

Wie überall im Bundesgebiet, sind auch im Lande Hessen die Zahlen der Unfallopfer in den letzten Jahren ständig gestiegen. Forderte im Jahre 1966 der Straßenverkehr schon 1384 Tote, waren es 1967 noch 216 mehr — 1464 Todesopfer. Es gibt verschiedene Wege, diese Zahl einzudämmen: Rücksichtsvoller fahren, als Fußgänger aufmerksamer sein sowie die Verbesserung der Straßen und Beseitigung von typischen Gefahrenquellen. Ein weiterer Weg ist die Unfallhilfe. Sie verhindert zwar keine Unfälle, mildert aber häufig deren Folgen ab und wird oft darüber entscheiden, ob ein Verunglückter stirbt, ein Krüppel bleibt oder wieder gesund wird.

### Jeder ein Unfallhelfer

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheit, Heinrich Hemmrich, entschloß sich, in einer großangelegten Aktion „Unfallhilfe 1968 in Hessen“ unter dem Motto „Hilf rasch und richtig!“ die Unfallhilfe im Lande Hessen entscheidend zu verbessern. Hierbei legte er das Schwergewicht auf die Werbung unter den Bürgern, sich an einem Kurzlehrgang in Hilfeleistung am Unfallort zu beteiligen. Es handelt sich dabei nicht um einen Standardkurs in „Erster Hilfe“. Man möchte ganz bescheiden anfangen und zunächst nur einige wichtige Handgriffe, die bei einem Unfall anzuwenden sind, lehren. Wer sich auch dazu noch nicht entschließen will, kann in einfachen und klar gefaßten Merkblättern lesen, wie er sich an einem Unfallort richtig verhält.

### Alle Organisationen machen mit

Schon die Vorbereitung hinter den Kulissen war eine Großaktion. In allen Stadt- und

**Links oben: Die Ärzte fordern eine Modernisierung des Rettungswesens. Ein Versuch hat bewiesen, daß der Einsatz von Hubschraubern von großem Nutzen ist. Links: Die Feuerwehren stehen in der ersten Reihe der Unfallhilfen.**



Landkreisen wurden Organisationskomitees gebildet. Alle einschlägigen amtlichen Stellen, Organisationen der Unfallhilfe, des Katastrophenschutzes und der Berufsstände wurden aufgerufen, sich aktiv zu beteiligen. Und alle machten mit. Die von dem genannten Ministerium herausgegebene Liste umfaßt: Bundesminister für Verkehr, Hessischer Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen, Hessischer Kultusminister, Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr, Landesärztekammer Hessen, Landes Zahnärztekammer Hessen, Landesapothekerkammer Hessen, Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V., Johanniter-Unfall-Hilfe, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser Hilfsdienst, Allgemeiner Deutscher Automobil-Club (ADAC), Automobil-Club Europa u. GuV, Kraftfahrvereinigung Deutscher Ärzte, Verband der Haftpflicht-, Unfall- und Krankenverkehrsversicherer, Jugendliga für Verkehrssicherheit und Landesverkehrswacht Hessen.

Auf örtlicher Ebene kommen zu den aufgezählten Stellen noch gemeindliche Organisationen hinzu, so z. B. die Feuerwehren und die Gemeindebehörden mit ihren einschlägigen Ämtern. Verantwortlich für die Durchführung der Aktion, insbesondere den Einsatz des Aufklärungsmaterials, ist die Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung in Marburg.

### Mit allen verfügbaren Medien der Publizistik

„Nicht kleckern, sondern klotzen!“ ist das Motto der Initiatoren. Nur mit einem großangelegten Einsatz an Publikationsmitteln kann heute in unserer Gesellschaft, die täglich mit Nachrichten und Reizen übersättigt wird, die Aufmerksamkeit auf eine Sache wie die Unfallhilfe gelenkt werden. So kommen 500 000 Exemplare der „Hessischen Gesundheitspost“ mit dem Thema „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ zur Verteilung; 50 000 große und 25 000 kleine Plakate gelangen zum Aushang, 10 000 Kleinstplaketten als Aufkleber für Schaufenster, Autoscheiben und dergl. werden ausgegeben; 500 000 „Kleine Blätter“ enthalten die wichtigsten Regeln und Griffe der Ersten Hilfe und werden kostenlos verteilt. In 200 Lichtspieltheatern des Landes läuft eine Dia-Werbung.

Besonderer Wert wird auf eine systematische Pressearbeit gelegt, für die mit zahlreichem Material versehene Pressemappen zur Verfügung stehen. Dies und die rastlosen Bemühungen von Pressechef Hans-Joachim Wagner haben dazu geführt, daß die Aktion in Fernsehen, Rundfunk und Zeitschriftenpresse einen breiten Niederschlag findet.

### Wanderausstellung startete in Wiesbaden

Den Kern der jeweiligen örtlichen Veranstaltungen bildet eine Wanderausstellung, die von der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung unter Leitung von Dr. von Freytag-Loringhoven in Zusammenarbeit mit den beteiligten Stellen und Organisationen zusammengestellt wurde. Sie ist so gestaltet, daß sie die örtlichen Organisationen in den einzelnen Städten ergänzen können. Dadurch wird die Bereitschaft der örtlichen Organe zur Mitarbeit gefördert und deren Initiative freier Lauf gelassen.

Minister Hemsath eröffnete die Ausstellung — und damit die Aktion in Hessen — persönlich. Die Stadt Wiesbaden fand die Brunnenkolonnade im Kurbezirk nicht zu schade, diese Ausstellung aufzunehmen. Der berühmte Unfallspezialist Prof. Junghanns hatte sich für das Hauptreferat zur Verfügung gestellt. Er sagte u. a.: „Die ersten fünf Minuten entscheiden oft

**Ganz oben: Dieser elektronische Herzschrittmacher gehört zu der Einrichtung eines Krankenwagens des ASB. Darunter: In der fahrbaren Blutspendestation: Hier wird den Spendern Blut für die Blutbestimmung abgenommen. 3. Bild: Hinter dem wartenden Spender befindet sich die Arztkabine. Rechts: Der Spenderaum mit vier Liegen in vollem Betrieb. Dahinter gelangt man zu dem im Heck des Wagens befindlichen Ruheraum.**



über Leben und Tod.“ Er erlebt es täglich in seiner Praxis, wenn vor ihm auf dem Operationstisch Menschen liegen, denen keine oder falsch geleistete Erste Hilfe zuteil wurde.

### Blutspender von der Straße gesammelt

Als Unfallhelfer ist auch der zu bezeichnen, der für Verunglückte Blut spendet. Das Deutsche Rote Kreuz nutzte die Aktion und setzte seine wohl modernste Einrichtung, eine fahrbare Blutspendestation, ein, von der es nur eine einzige in der Bundesrepublik gibt. Ein anderer Wagen dieser Art soll in Schweden existieren. Wer kennt nicht die jährlichen Aufrufe des DRK, sich als Blutspender zur Verfügung zu stellen? Und wie geht es häufig? Man möchte, aber wann und wo? Man soll zu einer Spendenstation ins Krankenhaus kommen — der Weg ist vielleicht weit, man hat keine Zeit, und bald ist der gute Vorsatz wieder vergessen. Mit dem Blutspende-Bus ist das anders. Da werden Spender buchstäblich von der Straße gesammelt. Der Wagen verfügt über alle nötigen Einrichtungen. Einsatzleiter Klaus Schäfer gestattete dem Berichterstatter während des vollen Betriebes dabeizusein und Aufnahmen zu machen.

Es fängt vorne neben dem Fahrer an. Dort werden alle Personalien aufgenommen, die man benötigt. Dann folgt die Abnahme von Blutproben. Soweit die Laborarbeiten, die zum Teil längere Zeit erfordern, nicht sofort im Bus erledigt werden können, werden Blutproben den Spendern beigegeben. Danach folgt eine ärztliche Besprechung und Untersuchung in einer Kabine von Raumkapsel-Enge. Im Zentrum des Busses sind vier Liegeplätze für die Blutabnahme eingerichtet. Hier ist für alles gesorgt, auch für Zwischenfälle. Kippliegen für Schocklagen, Herzschrittmacher und Atemgerät sind vorhanden. Im hinteren Abteil des Wagens befinden sich Ruhebetten für die Spender, die erst dann wieder auf die Straße gelassen werden, wenn man sicher ist, daß sie wieder völlig fit sind.

### Katastrophenhilfe ist mit dabei

Im Gesamtrahmen der Aktion und in der Wanderausstellung hat auch die Katastrophenhilfe ihren Platz. Gerade auf diesem Sektor ist den örtlichen Organisationen in jeder Stadt viel Spielraum gegeben. So ist die Möglichkeit vorhanden, daß auch die Organisationen des Katastrophenschutzes Nutzen aus der Beteiligung ziehen können. Viele Helfer kommen auf dem Wege über die Unfallhilfe und die Erste Hilfe zu ihnen. Fast immer finden sich unter den Menschen, die sich bis zur Teilnahme an einem Lehrgang in Erster Hilfe durchgerungen haben, einige, die weiter mitmachen möchten. Es gibt ja in der Unfallhilfe nicht nur Betätigungsmöglichkeiten im Sanitätsdienst. Die Organisationen für Unfallhilfe und Katastrophenschutz benötigen darüber hinaus auch viele technisch interessierte Mitarbeiter. Als erfreulich kann man das große Interesse bezeichnen, das zahlreiche junge Menschen bekundeten.

Es ist aber auch immer wieder notwendig, für die Träger der Unfallhilfe und des Katastrophenschutzes, die zu einem erheblichen Teil auf Spenden der Bevölkerung angewiesen sind, zu werben. Dazu sind Ausstellungen und Aktionen wie diese sehr geeignet. Der Bürger soll wissen, daß die Hilfe nicht von selbst kommt, sondern das Werk tätiger Menschen ist.

Es gilt nicht nur, das Erreichte zu erhalten, mag es noch so modern erscheinen. Die Fachleute fordern weitere Modernisierung, d. h. Arzt-Unfallwagen und ein Hubschraubernetz. Das aber ist eine finanzielle Frage, und darum ist es notwendig, bei der Öffentlichkeit zu werben sowie auch bei der öffentlichen Hand, ohne die es hierbei nicht geht.

### Unfallhelfer stärken den Zivilschutz

Wenn Aktionen wie die in Hessen viele Menschen anregen, sich mit Fragen der Hilfe am Unfallort zu befassen, sie zum Teil sogar als Helfer in einer Organisation gewinnen, dann ist das nicht zuletzt auch aus der Sicht des Zivilschutzes sehr zu begrüßen. Jeder Mitbürger, der ein Unfallhelfer wird, verstärkt das Potential von Helfern in der Gesamtbevölkerung. In Hessen hat man sich zum Ziel gesetzt, durch die Aktion etwa 50 000 Teilnehmer für die Kurzlehrgänge zu gewinnen. H. C. W., Bonn

## Helfen - Retten - DSB



rsk 50 6968

Überall im Einsatz, wo Schweres geleistet wird, wo man von Mensch und Material das Beste fordert, ja fordern muß, sind DSB-Schlauchboote unentbehrlich. Über 90 000 Schlauchboote hat die DSB bisher gebaut. Dem Zeichen DSB verschafften sie in der ganzen Welt einen guten Namen.

Wir führen bewährte Spezialtypen für die Wasserschutzpolizei, für die technischen Hilfsorganisationen und für Feuerwehren. Fordern Sie bitte unseren Katalog an.

**DEUTSCHE SCHLAUCHBOOTFABRIK  
HANS SCHEIBERT**



Älteste Schlauchbootfabrik Deutschlands  
3457 Eschershausen Kreis Holzminden  
Postfach 1169 Fernruf 05534 / Sammel-Nr. 551  
Telex 965331 dsb d

# Jetzt kaufen!



Preise stark herabgesetzt  
für Schreibmaschinen aus  
Vorführung und Retouren,  
trotzdem Garantie u. Umtausch-  
recht. Kleinste Raten. Fordern  
Sie Gratiskatalog R 26

**NÖTHEL** Deutschlands großes  
A. G. - M. Z. H. Büromaschinenhaus  
**34 GÖTTINGEN, Postfach 601**

**Packende Fotos · Viele Farbbilder  
Spannende Reportagen aus allen  
Bereichen des Sports · Autotests**

**sport**  
ILLUSTRIERTE

**ein Spiegel  
des Sports**

Alle 14 Tage neu · DM 1,20 · Kostenloses Probeexemplar vom  
Verlag SPORT-ILLUSTRIERTE, München 13, Schellingstraße 39

# Können Sie fotografieren?



Die Redaktion dieser Fachzeitschrift benötigt laufend gute Fotos zur Illustration von Beiträgen. Es sollen Bilder sein, die die Eigenarten von Zivilschutz, Selbstschutz und Katastrophenschutz charakterisieren, die motivlich treffend und beeindruckend sind. Wenn Sie fotografieren können und scharfe, kontrastreiche, effektvolle Bilder machen, so senden Sie uns bitte Ihre Negative. Für jedes von uns angekaufte Foto erhalten Sie ein Honorar von DM 20,-. Also – frisch ans Werk! Unsere Anschrift: Redaktion Ziviler Bevölkerungsschutz ZB, 5 Köln, Eupener Straße 74.

## Schleswig-Holstein

### ■ Gute Wirkung – geringe Kosten

Durch die umfassenden Aufklärungsaktionen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Bundesverbandes für den Selbstschutz sind Sinn und Zweck des Werbe-Slogans „Eichhörnchen Aktion“ einem großen Teil der Bevölkerung ein Begriff geworden. Sicher ist, daß es nie gelingen wird, alle Bevölkerungskreise von der Notwendigkeit einer Vorratshaltung zu überzeugen. Die in unserer Zeit täglich wechselnden Ereignisse lassen bei den meisten Menschen unbeabsichtigt die gutgemeinten Ratschläge einer Vorratshaltung in Vergessenheit geraten. Um so mehr ist es notwendig, auch für dieses Gebiet der ewige „Trommler“ zu sein.

Die BVS-Dienststelle Lübeck nahm die Gelegenheit wahr, als die „Verbrauchergemeinschaft Lübeck“ in einer 7tägigen Ausstellung insbesondere die Hausfrauen über Fragen aus den verschiedensten Bereichen ansprach, sich mit einem eigenen Stand über die Vorratshaltung als Selbsthilfe für Krisenzeiten an der Ausstellung zu beteiligen.

Aus den vorbereitenden Arbeiten der anderen Aussteller war zu erkennen, daß man es für den eigenen Stand nicht dabei bewenden lassen konnte, nur mit einzelnen Plakaten oder Broschüren aufzutreten. Der Stand des Bundesverbandes für den Selbstschutz mußte neben den anderen Ständen bestehen können. Schon die äußere Aufmachung mußte einen Blickfang bilden, der die Besucher anzieht. Ausstellungsgut und -gerät sollte in plastischer Darstellung und optischer Wirkung so aufgebaut werden, daß sich der Besucher schon aus eigener Betrachtung informieren konnte. Auf ca. 5 qm Ausstellungsfläche wurde man allen selbst auferlegten Anforderungen und Vorstellungen gerecht.

Mit verhältnismäßig geringen finanziellen Aufwendungen wurde ein attraktiver Stand aufgebaut. Die Helfer errichteten mit eigenen Vorräten einen Ausstellungstisch, auf dem Nahrungs-

mittel- und Wasserbevorratung gezeigt wurden. Ein entliehener Wasseraufbereitungsapparat schaffte den Effekt, den technische Dinge in heutiger Zeit erreichen. Selbst Blumen durften für eine dekorative Umrahmung nicht fehlen. Nach Fertigstellung war manch lobendes Wort aus fachlich berufenem Munde von Werbefachleuten zu hören.

Der Erfolg – ein lebhafter Besuch unseres Standes durch Einzelpersonen, Klassen von Frauenfachschulen usw. – blieb nicht aus. Kurzvorträge unserer Interpreten sorgten für eine sachliche und fachgerechte Aufklärung zum Thema der Vorratshaltung. Bei den jungen Menschen stieß ein Beispiel auf Unglauben, das zeigte, mit welcher geringer Zuteilung man im Jahre 1946 auskommen mußte. Dieses Beispiel verfehlte angesichts des heutigen gewohnten Überangebots an Lebensmitteln nicht seine Wirkung.

Mit der Beteiligung an dieser Ausstellung hat der Bundesverband für den Selbstschutz versucht, der Bevölkerung der Hansestadt Lübeck die Aufgaben eines Selbstschutzes nahezubringen. Das gelang durch die in heutigen Zeiten erforderliche äußere Aufmachung – die nicht immer viel kosten muß – und selbstverständlich durch geschulte Helfer, die den Verband und seine Ziele fachgerecht und würdig vertreten.

Ein meßbarer Erfolg ist nach solchen Ausstellungen nicht gegeben, aber die Tatsache, daß unsere Ziele wieder einmal einem größeren Publikum vorgetragen werden konnten, das zumindest für einige Zeit darüber spricht und nachdenkt, dürfte als Erfolg gewertet werden.

E. Eichhorn

### ■ „Fliegende Hunde“ über Itzehoe

In Zusammenarbeit mit der Bundeswehr führte die Dienststelle Itzehoe des Bundesverbandes für den Selbstschutz auf dem Flugplatz „Hungrier Wolf“ bei Itzehoe einen Probe-Einsatz mit Rettungshunden durch. In mehreren Flügen wurde mit einem Hubschrauber des Typs „Sikorsky“ die Verhaltensweise der Rettungshunde während des Fluges und ihre Ansprechbarkeit nach dem Flug getestet.

Die Rettungshunde „Rex“ und „Ilo“ zeigten während des Transports keine Beeinträchtigung und fühlten sich ausgesprochen wohl. Beide Hunde gehorchten nach Abschluß des Fluges ihren Führern aufs Wort. Heinz Haupthoff, der schon seit Jahren Helfer des Bundesverbandes für den Selbstschutz ist, betonte am Ende der Übung, es sei wichtig gewesen, die Verhaltensweise der Hunde bei einem fliegerischen Einsatz zu testen, um zu wissen, ob sie nach einem Flug noch voll einsatzfähig sind.

Beide Hundeführer, Haupthoff und Heeschen, waren übereinstimmend der Meinung, der Flug habe keinerlei negative Folgen für die Rettungshunde gehabt, so daß man sie in einem Notfall jederzeit mit Hubschraubern zu einem Einsatzort fliegen könne, ohne befürchten zu müssen, daß ihre Spüreeigenschaften beeinträchtigt würden.

H. Fiebig

## Baden-Württemberg

### ■ Bilanz gezogen

Nach Ablauf des ersten Halbjahres hat die Landesstelle einen Leistungsbericht zusammengestellt über die in dem Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 1968 in ihrem Bereich durchgeführten Werbe-, Aufklärungs- und Ausbildungsveranstaltungen. Er zeigt die Zielstrebigkeit, mit der die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter unseres Verbandes bemüht sind, den Gedanken des Selbstschutzes in die Bevölkerung zu tragen.

Es wurden im Bereich des Fachgebiets VI 272 Veranstaltungen mit 11 505 Teilnehmern von der Fahrbaren Informations- und Beratungsstelle, in 39 Schulen 11 580 Schüler, bei 2 Ausstellungen ca. 10 000 Besucher und durch die Filmwagen 7830 Menschen über den Selbstschutz informiert.

Vom Fachgebiet III sind in 900 Grundausbildungen 18 274 freiwillige Teilnehmer im Selbstschutz ausgebildet worden; in 136 Fachlehrgängen erweiterten 2025 Helfer und Mitarbeiter ihre Kenntnisse. An 507 fachlichen Unterrichtungen haben 15 398 Personen und an 227 praktischen Übungen und Lehrvorführungen 2495 Se-Kräfte teil-

genommen, während bei 461 Arbeitsgemeinschaften sich 4662 Helfer um ihre Fortbildung bemühten. Die Landesschule Kressbach zählte insgesamt 931 Teilnehmer in 48 Lehrgängen. Diese Zahlen sind den Abgeordneten des Landtags, den in Baden-Württemberg gewählten Bundestagsabgeordneten, den Behörden und Ämtern, den Landkreisen und der Presse zur Information vorgelegt worden.

## Hessen

### ■ Rege Frauenarbeit

Nachdem die Landesstelle Hessen während der letzten Jahre jeweils im Winter und Frühjahr eine Informationstagung für hessische Frauenverbände veranstalten konnte, führt sie im September dieses Jahres zwei Veranstaltungen dieser Art durch. Die Tagungen dauern drei Tage. Die erste ist für 40 leitende Mitglieder des Bundes der vertriebenen Deutschen (BvD) vom 3. bis 6. September an der BVS-Landesschule Hessen in Braunfels vorgesehen. Die Frauenreferentin des hessischen Landesverbandes dieser Organisation, Frau Anni Vogl, hat sich in dankenswerter Weise um die Entsendung so vieler Mitglieder des BvD bemüht, daß der Verband allein während der vorgenannten Zeit die BVS-Landesschule füllen wird. Bereits in früheren Jahren hat sich der BvD sehr aktiv für den Selbstschutz eingesetzt, und es ist zu erwarten, daß auch die diesjährige Veranstaltung weitere Lehrgänge auf Ortsebene zur Folge haben wird.

Vom 24. bis 27. September findet eine weitere Informationstagung für den Katholischen Deutschen Frauenbund statt. Die Geschäftsführerin dieses einflußreichen Frauenverbandes, Frau Kaefer, hatte vorgeschlagen, für die Veranstaltung das Thema „Laienhilfe“ besonders herauszustellen. 20 Stunden der Tagung werden deshalb die Hilfsbereitschaft der Frau bei Unfällen sowie Krankheitsfällen in der Familie behandeln. Es ist zu erwarten, daß diese Tagung als Modellfall für kommende Frauenlehrgänge dienen wird.

Anfang Oktober (1. bis 4. 10. 68) sind die hessischen Sachbearbeiterinnen VII Gast der BVS-Landesschule Hessen. Auch hier wird die Laienhilfe in den Vordergrund der Frauenarbeit gestellt werden. Interessant wird diese Tagung dadurch werden, daß fast alle Sachbearbeiterinnen VII in Erster Hilfe ausgebildet sind und einige sogar die Lehrberechtigung des Arbeiter-Samariter-Bundes und des Deutschen Roten Kreuzes besitzen. Da diese Frauen neben ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit beim Bundesverband für den Selbstschutz Lehrgänge in Erster Hilfe durchführen, sieht man in Hessen dieser Arbeitstagung mit besonderem Interesse entgegen. I. H.

## Nordrhein-Westfalen

### ■ Zweimal vollbesetzte Landesschule

Unter dem Leitgedanken „Menschen in Not und Gefahr“ führte die Landesstelle im Mai zwei Informationstagungen an der Landesschule im Schloß Körtlinghausen durch. Eingeladen und erschienen waren Bezirks- und Ortsvorsitzende des Deutschen Hausfrauenbundes und des Kath. deutschen Frauenbundes aus den Städten Mülheim, Düsseldorf, Duisburg, Rheinhausen und Wuppertal. Unter den Anwesenden befanden sich ferner Pädagoginnen und Mitglieder der politischen Parteien.

Vorträge über die Zivilschutzkonzeption der Bundesregierung, über die Bedeutung des Selbstschutzes und die Mitwirkung der Frauen sowie Fachreferate über chemische und biologische Kampfstoffe – Wirkung und Schutzmöglichkeiten – bildeten die theoretischen Grundlagen für die anschließenden Demonstrationen und Übungen zu den Themenkreisen „Lebensrettende Sofortmaßnahmen in Familie und Nachbarschaft“ sowie „Menschenrettung bei Brandgefahr“.

Eine kleine improvisierte Beratungsstelle mit Modellen und Bildtafeln über Vorsorgemaßnahmen in der Familie und das persönliche Engagement der Teilnehmerinnen an den Demonstrationen und lebensnahen Übungen, machten den Wert

und die Verantwortung der Mitarbeit der Frauen im Selbstschutz deutlich.

Frau MdB Maria Jacobi, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes für den Selbstschutz, gab den Tagungen den aktuellen, staatspolitischen Akzent. Aus der Teilnahme am unmittelbaren Geschehen im Parlament und in den Ausschüssen wirkte Frau Jacobi mit ihren Ausführungen über die Notstandsgesetzgebung außerordentlich überzeugend. Die Leiterin des Fachgebietes Frauenarbeit der Landesstelle, Frau Hannelore Thiele, dankte der verdienstvollen Parlamentarierin für ihren unermühten Einsatz im Parlament und in der Öffentlichkeit für Vorsorgemaßnahmen im Katastrophenfall, die unbedingt einer gesetzlichen Regelung bedürfen, desgl. für ihren Appell an die Frauen, als Mütter und Staatsbürgerinnen im Selbstschutz mitzuwirken.

Frau Thiele wandte sich an alle Teilnehmerinnen mit der Bitte, den Selbstschutzgedanken in ihre Familie zu tragen, um so manche falsche Vorstellungen im eigenen Familienkreis und besonders bei der erwachsenen Jugend zu beseitigen.

Die Aktivität der Landesstelle im Bereich der Frauenarbeit war für das Innenministerium NW Anlaß, zu einer dieser Tagungen, den für den Selbstschutz zuständigen Referenten nach Körtlinghausen zu entsenden. Die Landesstelle nahm Gelegenheit, Regierungsdirektor Kittel auf die enge Zusammenarbeit zwischen der Landesstelle und dem Innenministerium in allen wichtigen Fragen des Zivilschutzes/Selbstschutzes hinzuweisen und gleichzeitig für die in der Vergangenheit gegebene Unterstützung zu danken. Der Gast erhielt durch seinen Besuch einen unmittelbaren Einblick in die Frauenarbeit, gleichzeitig aber auch in die Sorgen, welche den Staatsbürger in Verbindung mit der Notstandsgesetzgebung bewegen. In einem an die Tagungsteilnehmer gerichteten Wort brachte er u. a. zum Ausdruck, daß die Mitarbeit der Frauen im Selbstschutz unerlässlich sei. Er begrüßte die Bereitschaft der Frauen, sich mit dem Zivilschutz auseinanderzusetzen. Vorsorgen gehöre, schon von der Ver-

anlagung der Frau her, zu einer selbstverständlichen Pflicht. Vorsorgemaßnahmen seien auch dann sinnvoll, wenn Notsituationen nicht eintreten sollten. Von allen Tagungsteilnehmern wurden die an der Landesschule gegebenen Informationen als außerordentlich wertvoll bezeichnet. Weitere Informationstagungen und Vorträge konnten als Ergebnis dieser Tagung bereits festgelegt werden.

### ■ „Tage der offenen Tür“

Nach sorgfältiger Vorbereitung führte die Dienststelle Gelsenkirchen in drei Teilabschnittsstellen „Tage der offenen Tür“ durch, um den Bürger über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von Vorsorgemaßnahmen in Unglücks- und Katastrophenfällen gleich welcher Art zu unterrichten. Eine umfangreiche, in Eigenarbeit und mit nur geringen Kosten erstellte Ausstellung sowie Vorführungen und Filmveranstaltungen zeigten dem Bürger, was unter Selbstschutz zu verstehen ist und welche Vorsorgemaßnahmen der einzelne treffen kann, um Not- und Gefahrensituationen nicht hilflos gegenüberstehen. Die „Tage der offenen Tür“ umfaßten insgesamt einen Zeitraum von etwa drei Wochen. Nach einer vorausgegangenen Information wurde die örtliche Presse zwei Tage vor der offiziellen Eröffnung auf einer Pressebesprechung über Umfang und Zweck des Aufklärungsvorhabens eingehend unterrichtet. Transparente und Plakate, in der Umgebung des jeweiligen Veranstaltungsortes angebracht, machten die Einwohner auf das Vorhaben aufmerksam.

An der Eröffnung, zu der die Dienststelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz und der örtliche Zivilschutzleiter der Stadt Gelsenkirchen gemeinsam eingeladen hatten, nahmen Vertreter des Rates und der Verwaltung der Stadt sowie in Gelsenkirchen beheimatete Behörden, Körperschaften, Parteien, Betriebe und Organisationen teil. Nach Worten der Begrüßung und Einführung in die Ausstellung durch den Leiter der Dienststelle Gelsenkirchen, Trapp, eröffnete in Vertretung des örtlichen Zivilschutzleiters Oberbrandrat Webner die „Ta-

ge der offenen Tür“. Anschließend erfolgte die Besichtigung der Ausstellung durch die eingeladenen Gäste, die der Aussage der Ausstellung eine gute Wertung gaben.

Die Tatsache, daß mehr als 2300 Personen den Weg zur Ausstellung und zu den Rahmenveranstaltungen gefunden haben, spricht für die richtige Anlage des Aufklärungsvorhabens und für das Interesse der Bevölkerung an Selbsthilfe und Vorsorgemaßnahmen im persönlichen und nachbarlichen Bereich. Nicht hoch genug können die 1200 Arbeitsstunden eingeschätzt werden, die aufgewendet wurden, um die Aktion in dieser wohlgedachten und gut vorbereiteten Planung durchführen zu können. Die Landesstelle möchte auf diesem Wege allen beteiligten ehrenamtlichen Helfern und Bediensteten für diese Leistung und ihr persönliches uneigennütziges Bemühen danken.

## Rheinland-Pfalz

### ■ Intensive Öffentlichkeitsarbeit

Gelegenheit zu breit angelegter Öffentlichkeitsarbeit boten in der letzten Zeit zwei Ausstellungen, jeweils eine im ländlichen und im großstädtischen Raum. In Gernersheim zeigte die Schau, die unter dem Motto stand: „Schützen und helfen muß gelernt sein“, wieviel beziehungsreicher das Verhältnis der ländlichen Bevölkerung zu Schutzmaßnahmen ist als das der Städte, vor allem dann, wenn das Ausstellungsmaterial dem Besucher anschaulich dargeboten wird. Die Art der Nachfrage und Gesprächsführung, verstärkte Kontaktmöglichkeiten, die dann zu interessierter Entgegennahme der angebotenen Aufklärungsschriften führten, kennzeichneten den Grad der Aufgeschlossenheit gegenüber einem „Selbstschutz in allen Lebenslagen“.

Wenn der Selbstschutz auch in der Landeshauptstadt Mainz verstärkt ins Gespräch kam, so lag das zweifellos in der Popularität der großen Ausstellung „Leben – Wohnen – Freizeit“, die in der Abschlußbilanz eine Gesamtbesucherzahl von 173 000 aufzuweisen hatte. Nahezu ein Drittel davon entfiel

auf Besucher, Neugierige und Interessenten der Kojen und des Standes des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Im Rahmen einer aktuellen Sonderchau hatte der Aufbau einer reichhaltigen Haushaltsbevorzugung seinen Platz gefunden.

Ein Filmwageneinsatz im Stadtgebiet von Frankenthal und Umgebung sprach ca. 3800 Personen an.

Die Dienststelle Trier startete vor dem Höhepunkt der Auseinandersetzung über die Notstandsgesetzgebung eine umfassende örtliche Aufklärungsaktion, die sich auf Schulen, Behörden, Bundeswehr, Organisationen und Parteien erstreckte und zahlreiche Kontaktmöglichkeiten bot. Über 20 000 Aufklärungsschriften konnten verteilt werden.

Darüber hinaus konnten die Beziehungen zu den Schulen weiter ausgebaut werden, so beispielsweise in Speyer und Schifferstadt. Koblenz verstärkte seine Verbindungen zum Volkshochschulbereich, Kaiserslautern führte auf breiter Plattform mit benachbarten Basisorganisationen unter dem Protektorat des Oberbürgermeisters einen großen, erfolgreichen Helferabend durch. Die Öffentlichkeitsarbeit in dieser Dienststelle blieb auch weiterhin erfreulich rege, desgleichen in der Landeshauptstadt, in Worms und Zweibrücken.

Schließlich verdienen zwei beachtliche Fakten noch besondere Erwähnung. Einmal eine Gemeinschaftsübung des Bundesverbandes für den Selbstschutz von Ludwigshafen und Gernersheim mit dem ABC-Abwehr-Bataillon aus Zweibrücken sowie das Richtfest der neuen gemeinsamen Landesschule für Rheinland-Pfalz und das Saarland in Birkenfeld, der man nur wünschen kann, daß sie die vielfältige Tätigkeit ihrer Vorgängerin erfolgreich weiterführt. Voraussetzungen hierfür sind in vielerlei Hinsicht gegeben.

Aufschlußreich und anregend war ein Besuch der Führungskräfte aus Rheinland-Pfalz in der belgischen Schule der Protection civile in Florival bei Brüssel, der in die Zivilschutz-ausbildung- und Praxis des Nachbarlandes einführte und wertvolle Kontakte herstellte.

Dr. Fleischer

## Saarland

### ■ 10 Jahre Dienststelle Völklingen

Unter dem Motto „Der Schutz beginnt im eigenen Haus“ führte die Dienststelle Völklingen vom 4. bis 10. Juli eine Selbstschutz-Ausstellung durch. Hauptbestandteil war die von dem langjährigen Helfer Willi Estenfeld in seiner Freizeit entworfene und gebaute „Saarlouiser Ausstellung“, durch Anschauungsstücke und Selbstschutzgeräte ergänzt. In dem optisch gut dekorierten Saal des Bräustübels, Bismarckstraße, fand diese Ausstellung eine gute Resonanz bei der Bevölkerung. Es wurde besonderer Wert auf das persönliche Gespräch gelegt. Eine wirkungsvolle Unterstützung war durch die Dekoration von drei Schaufenstern in Apotheken mit Material zur Ersten Hilfe sowie zwei Schaufenstern in Eisenwarengeschäften mit Geräten zur Selbstbefreiung gegeben. Diese fünf Schaufenster, in unmittelbarer Nähe der Ausstellung gelegen, waren eine gute Werbehilfe.

Der Eröffnung der Ausstellung ging eine offizielle Feierstunde im Kolpinghaus aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der BVS-Dienststelle Völklingen voraus. Der ehemalige Dienststellenleiter C. Schwinger begrüßte als Gäste den Bundestagsabgeordneten Dipl.-Ing. Heinrich Draeger, den Landtagsabgeordneten Dr. Rainer Wickelmeyer, Oberbürgermeister Otto Hemmer, die Stadtratsmitglieder Heinz Kohler und Adolf Schütz, als Vertreter des Landesstellenleiters Ober-Insp. Rudolf Rech, den Fachgebietsleiter VI der Landesstelle, Oskar Wachsmuth, den Dienststellenleiter des Dienstbereiches Saarbrücken, Joachim Schmelzer, den Leiter der Ortspolizeibehörde, Amtsrat Wilbois, den Leiter der Polizeidienststelle Völklingen, Hauptkommissar Meier und den Vertreter der Grube Luisenthal, Brust. Sein besonderer Gruß galt den erschienenen Helferinnen und Helfern. In dem Bericht über die 10jährige Aufbauarbeit erwähnte der Redner besonders die gute Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, den Basisorganisationen und die ganz vorzügliche Unterstützung der Presse.

Durch eine Vielfalt von Werbe- und Aufklärungsveranstaltungen, Plakataktionen, Filmwageneinsätzen, Schaufensterwerbungen und Auslegen von Werbeschriften in Wartezimmern konnten für die Selbstschutz-Grundausbildung und weiterführende Lehrgänge 10 400 Personen gewonnen und ausgebildet werden. Mit Dank an die Verwaltung und Presse für ihre Unterstützung und an die Helferinnen, Helfer und Mitarbeiter für ihre langjährige, uneigennützte Tätigkeit zum Wohle der Gemeinschaft verabschiedete sich C. Schwinger, der mit Wirkung vom 1. Juli zur Dienststelle Saarbrücken versetzt ist. Er bat, auch weiterhin der Idee des Selbstschutzes durch aktive Mitarbeit treu zu bleiben.

In den darauffolgenden Worten der Gäste kam der Dank an die Helferinnen und Helfer für die Mitarbeit immer wieder zum Ausdruck. Auch dem scheidenden Dienststellenleiter wurde Dank ausgesprochen, und man wünschte ihm viel Glück und Erfolg in seinem neuen Aufgabengebiet.

In seinem Schlußwort erinnerte Schwinger an die Worte des amerikanischen Präsidenten J. F. Kennedy, der bei seiner Amtseinführung sagte: „Fragen Sie nicht, was tut der Staat für mich, sondern fragen Sie, was kann ich für den Staat tun?“ Dieser Feierstunde schloß sich die offizielle Eröffnung der Ausstellung an und ein erster Rundgang der Ehrengäste.

Schw.

## Hamburg

### ■ Erschütternde Dokumente

Die Landesstelle nahm mit einer Anzahl von ehrenamtlichen Helfern an einer Technischen Vorlesung des Oberbranddirektors, Dipl.-Ing. Hans Brunswig, im Auditorium maximum teil. Der Vortrag erinnerte an den Feuersturm, der vor 25 Jahren die Hansestadt verwüstete. Unermessliches Leid wurde über Tausende von Hamburger Familien gebracht, und über 40 000 Bürger fanden den Tod. Diapositive sowie ein bisher nie gezeigter Film dienten als erschütternde Beweise.

Einem solchen Feuersturm, der wohl als größter in der Geschichte des 2. Weltkrieges bezeichnet werden kann, war die

Feuerwehr nicht gewachsen. Als Erfahrung der Hamburger Feuerwehr zählte der Vortragende u. a. auf, daß sich eine Katastrophe nie vorher ankündigt und damit die Möglichkeiten der Abwehr nicht hinreichend genug eingeschätzt werden.

Brunswig betonte abschließend, daß ausreichender Selbstschutz der Bevölkerung die wichtigste Voraussetzung sei, um auch unvorhergesehenen Katastrophen zu begegnen. G. H.

## Niedersachsen

### ■ 14. Zivilschutzseminar

In enger Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Minister des Innern veranstaltete die Landesstelle gemeinsam mit der Landeshauptstadt Hannover ihr 14. Zivilverteidigungsseminar für Behördenselbstschutzleiter der Bundes-, Landes- und städtischen Behörden, zu dem 67 Teilnehmer erschienen. Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch Landesstellenleiter Walter Jörn und für die Landeshauptstadt Hannover durch Stadtdirektor Koldewey sprach der ehemalige Befehlshaber im Wehrbereich, Generalmajor Müller, über das Kriegsbild der Gegenwart. Anschließend sprach Ministerialrat Dedekind über Maßnahmen der zivilen Verteidigung des Landes Niedersachsen. Ein weiteres Referat behandelte Fragen der politischen Bedeutung des Zivilschutzes, vorgetragen durch den Abgeordneten des Deutschen Bundestages Walter Schmidt, der über die Zivilschutzgesetzgebung berichtete. Das Seminar schloß mit einem eindringlichen Appell von Landesbischof Maltusch an die Teilnehmer, sich engagiert zu fühlen, die Verantwortung zu tragen und alles für den Selbstschutz zu tun, was menschenmöglich sei. geha

### Aus der Nähe besehen...

Das Bild auf Seite 22 zeigt die Zähne der Sticksägen der Rettungstaffeln.

# ZB im Bild

Links: Im Schloßbergstollen von Freiburg, der in einem Kriegsfall 6000 Bürgern für die Dauer von 30 Tagen eine gute Überlebenschance bieten kann, wird letzte Hand angelegt. Der Freiburger SPD-Abgeordnete Hans Hoermann (rechts) überzeugt sich vom Fortschritt der Arbeit.



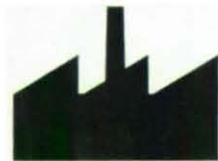
Unten: „Wir schützen uns selbst“ heißt eine Aufklärungsschrift des schweizerischen Zivilschutzes, der wir diese gelungene Darstellung

der Dienstzweige entnommen haben. Rechts: Demonstration der Geräte eines Spürkastens, die dem Nachweis chemischer Kampfstoffe dienen.

## Selbstschutz-Organisationen



Hauswehren



Betriebschutz

## Dienstzweige der örtlichen Schutzorganisation



Alarm und Übermittlung



Obdachlosenhilfe



Kriegsfeuerwehr



Verpflegung



Technischer Dienst



Versorgungsdienst



Sanitätsdienst



Materialdienst



AC-Dienst



Transportdienst